



Dr. Armand Dütz

European Energy Award – der Weg zum kommunalen Klimaschutz

2. Auflage

Dr. Armand Dütz

European Energy Award – der Weg zum kommunalen Klimaschutz

Dr. Armand Dütz

European Energy Award – der Weg zum kommunalen Klimaschutz

2. Auflage

Impressum

Herausgeber:

Bundesgeschäftsstelle European Energy Award
Alexanderstr. 7
10178 Berlin

Ansprechpartner:

Dr. Armand Dütz
Tel.: +49 30 39042-71
Fax: +49 30 39042-31
E-Mail: info@european-energy-award.de

Redaktionelle Unterstützung:

René Lohe

Gestaltung und Korrektorat:

löwenholz kommunikation GbR, Berlin
Rüdiger Buchholz, Claudia Oly

Bildnachweis:

- S. 7 | Deutscher Städte- und Gemeindebund
- S. 8 | Büro Brandes Energie
- S. 11 | Arnaud Bouissou – MEDDE/SG COP21 (Bild links)
- S. 11 | Presidencia de la República Mexicana/CC-BY-2.0 (Bild rechts)
- S. 12 | Quelle: (United Nations – Department of Economic and Social Affairs (UN/DESA): World Urbanization Prospects: The 2014 Revision)
- S. 13 | Fredrik Rubensson/CC-BY-SA-2.0 (Bild links)
NASA (Bild rechts)
- S. 21 | C.U. Brunner
- S. 22 | Büro Brandes Energie
- S. 34 | vlnr: rh2010/fotolia.com, Stadt Delitzsch/Reiter Architektur,
pixel-kraft/fotolia.com
- S. 35 | vlnr: pixabay, pixabay, williams87/fotolia.com
- S. 38 | Martin Stollberg/Umweltministerium Baden-Württemberg
- S. 49 | Dietmar Rabich/Wikimedia Commons/„Ostbevern,
Ortsansicht -- 2014 -- 8489"/CC BY-SA 4.0
- U 3 | Martin Stollberg / Umweltministerium Baden-Württemberg

Druckerei:

Mediendienstleistungen des Fraunhofer Verlags

2. Auflage, Stuttgart, 2017

ISBN (Print): 978-3-8167-9941-2

ISBN (E-Book): 978-3-8167-9942-9

Verlag und Vertrieb:

Fraunhofer IRB Verlag
Fraunhofer-Informationszentrum
Raum und Bau IRB
Nobelstraße 12 · 70569 Stuttgart
Tel.: +49 7 11 9 70-25 00 · Fax: +49 7 11 9 70-25 08
irb@irb.fraunhofer.de
www.baufachinformation.de

Inhalt

7	Vorwort	43	Was bringt der eea einer Stadt, einer Gemeinde oder einem Landkreis?
8	Einführung	43	Primär- und Sekundäreffekte
11	Global denken – lokal handeln	47	Der eea rechnet sich!
11	Der weltweite Klimaschutz kommt voran	49	Das Beispiel Ostbevern
13	Die Bedeutung der Städte für den globalen Klimaschutz	51	Deutschland handelt nicht allein
15	Die Stadt – das unbekannte Wesen	51	Der eea als europäisches Instrument
15	Probleme und Risiken – Chancen und Möglichkeiten	52	Internationale Strukturen und Partner
18	Warum kommunaler Klimaschutz, und wenn ja, wie?	54	Der eea entwickelt sich
19	Warum brauchen Städte und Gemeinden ein Qualitätsmanagement und ein Planungsinstrument für dauerhaften Klimaschutz?	54	eea und Klimaschutzkonzepte
21	Wie alles begann	54	eea und Covenant of Mayors
21	Zur Entwicklungsgeschichte des European Energy Award	56	Kooperation mit ECOSPEED (Region und Szenarien)
24	Wie funktioniert der eea?	57	Das Szenarien Tool
24	Der eea als komplexes Gesamtsystem	57	Roadmap für kleine Gemeinden
24	Der Prozess	57	Workshopreihe eea-Plus
27	Die wichtigsten Instrumente	60	Modellversuch Klimaanpassung
36	Bewertung, Benchmarking und Auszeichnung	63	Fazit
38	Die Beteiligten		
41	Das Netzwerk		

Vorwort



Städte und Gemeinden sind in den letzten Jahren mit zahlreichen Aufgaben konfrontiert, die in Umfang und Dringlichkeit bisher so nicht bekannt waren. Die Integration von Migranten ist dabei nur eine akute Aufgabe, die es zu bewältigen gilt. Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für weite Teile der Bevölkerung oder die Sanierung der in Teilen maroden Infrastruktur belasten die Kommunen sowohl finanziell als auch personell.

Angesichts dieser aktuellen Probleme tritt der kommunale Klimaschutz als Langfristaufgabe leider manchmal in den Hintergrund. Dies darf jedoch nicht sein, will man den künftigen Generationen noch lebenswerte Städte hinterlassen. Viele Städte und Gemeinden leiden bereits heute unter katastrophalen Starkregenereignissen oder Stürmen, die die Bäume in ganzen Stadtvierteln entwurzeln. Auch die Überhitzung vieler Innenstädte wird zum Problem, insbesondere für die ältere Bevölkerung.

Dies bedeutet, dass trotz aller akuten Probleme die Städte und Gemeinden das Langfristziel einer nachhaltigen und klimaschonenden Stadtentwicklungspolitik nicht aus den Augen

verlieren dürfen. Hier helfen Instrumente, wie der eea – European Energy Award, eine kontinuierliche Energie- und Klimaschutzpolitik in den Städten und Gemeinden aufzubauen, sie dauerhaft zu etablieren und die Ergebnisse und Erfahrungen zu bewerten. Dass die Erfolge der Städte und Gemeinden dazu auch noch zertifiziert und ausgezeichnet werden, ist dabei ein nicht zu unterschätzender „Neben“-Effekt.

Mehr als 320 Kommunen und Landkreise wenden den eea in Deutschland, mehr als 1.400 in Europa an. Viele Kommunen nutzen den eea seit mehr als 10 Jahren, um ihre Energie- und Klimaschutzpolitik vor Ort zu organisieren und zu optimieren. Die vorliegende Broschüre informiert umfassend über den European Energy Award und seine Einbettung in die übergeordnete nationale und internationale Klimapolitik. Er ist das geeignete Instrument auf lokaler Ebene, die globalen Klimaschutzziele bzw. die Ziele der nationalen Energiewende umzusetzen.

Franz-Reinhard Habbel

Beigeordneter und Sprecher des Deutschen Städte- und Gemeindebundes

Einführung

Die Entwicklung und Verbreitung des European Energy Award (eea)
ist eine unglaubliche Erfolgsgeschichte für den kommunalen Klimaschutz



Menschen im eea

nalen Hemmnisse und Möglichkeiten. Der Leitsatz „Entwicklung mit Kommunen für Kommunen“ stellt auch heute bei der kontinuierlichen Weiterentwicklung der Handwerkszeuge die Grundlage der täglichen Arbeit des eea dar.

Ein lebendiges Netzwerk von mehr als 300 kommunalen Energieteams, von fast 100 eea-Beratenden und Auditoren/innen, von lokalen und regionalen Energieagenturen bis hin zu mehreren Landesumweltministerien allein in Deutschland steht in einem intensiven Austausch. Dieses gewährleistet den Charakter des eea als „gelebte“ Energie- und Klimaschutzpolitik, die in ganz Europa ihresgleichen sucht. Die Tatsache, dass laufend mehr als 10.000 Menschen (Experten und Laien) in ganz Europa mit und für den eea arbeiten, macht das Instrument so effizient.

Von mehreren Firmen und öffentlichen Institutionen partnerschaftlich vor mehr als 17 Jahren angedacht, vor 15 Jahren mit Mitteln des europäischen Forschungsprogramms entwickelt, und seitdem in elf europäischen Ländern in über 1.400 Kommunen, davon mehr als 320 allein in Deutschland angewendet und erprobt, ist der eea das europaweit anerkannte Qualitätsmanagement- und Zertifizierungsinstrument für die kommunale und regionale Energie- und Klimaschutzpolitik.

Bei der Entwicklung des eea wurde auf praktischen Erfahrungen und Erfordernissen der Kommunen aufgebaut; d. h. in enger Zusammenarbeit mit kommunalen Praktikern, mit lokalen und regionalen Energieagenturen und Experten/innen wurde ein Qualitätsmanagementprozess mit allen dazu gehörenden Werkzeugen entwickelt. Er orientiert sich an den individuellen Bedürfnissen und Ausgangslagen der Kommunen und Landkreise und berücksichtigt die speziellen kommu-

Der eea ist durch sein ausgereiftes Punktesystem in der Lage, die individuelle Situation einer Kommune abzubilden und in die Bewertung mit einzubeziehen. Der eea wird dem individuellen Entwicklungspotenzial einer Kommune gerecht, er schert dabei die Kommunen nicht über einen Kamm. Das Benchmarking ist daher objektiv und glaubhaft und bietet allen Kommunen eine realistische Einschätzung, wo sie im Vergleich zu anderen Kommunen stehen. Er ist insofern für kleine und kleinste Kommunen in Vorarlberg in gleicher Weise geeignet wie für die Millionenstadt Köln.

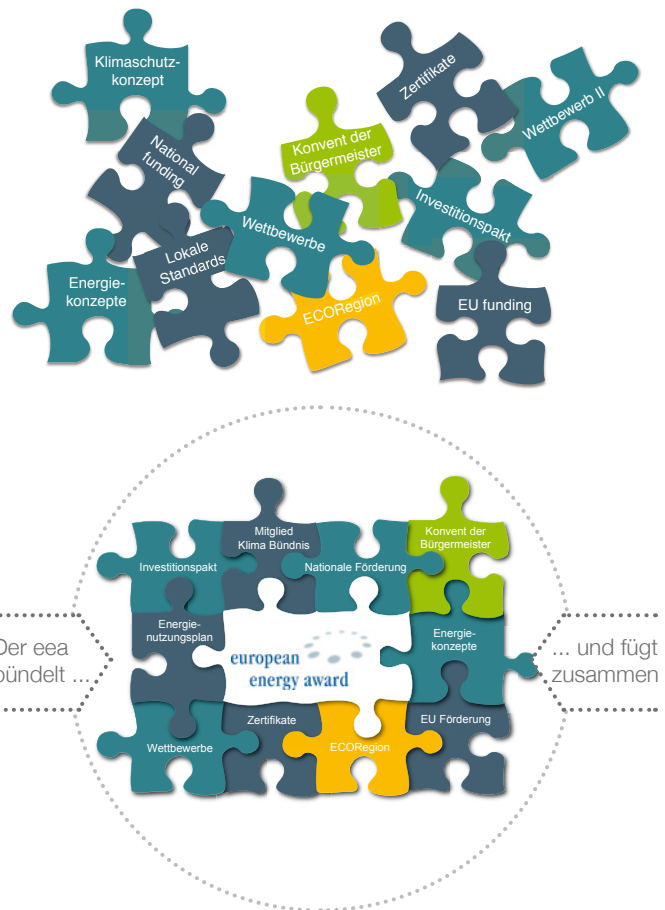
Der eea ist methodisch anspruchsvoll und verlangt von allen Beteiligten ein hohes Maß an Engagement. Er ist aufgrund des Umfangs des Instrumentariums nicht kostenlos, auch die intensive Begleitung durch eine/n der akkreditierten eea-

Beratenden erfordert einen finanziellen Aufwand. Entscheidender ist aber der Einsatz des Energieteams vor Ort.

Ohne ein solches lokales Engagement kann aber prinzipiell die lokale Energie- und Klimaschutzpolitik nicht weiterentwickelt, gelebt und umgesetzt werden. Der eea erfordert also eigentlich keinen zusätzlichen Aufwand, er ordnet und kanalisiert lediglich die ohnehin erforderlichen örtlichen Bemühungen und Aktivitäten und macht diese durch seine Standardisierung effizienter, vielleicht sogar kostengünstiger und dann noch mit anderen Kommunen vergleichbar.

Der eea ist handlungs- und umsetzungsorientiert. Er hält sich nicht lange mit Modellen, Visionen, Szenarien und Bilanzierungen auf, die erfahrungsgemäß nach kurzer Zeit ohnehin in den Schubladen oder neuerdings in der Cloud verschwinden, sondern stößt gleich bis auf die Maßnahmen- und Handlungsebene vor. Er bietet daher den Kommunen einen praxisorientierten Leitfaden für die Umsetzung der wichtigsten und effizientesten Maßnahmen mit einer Festlegung von Budgets, Zeitplänen und – was besonders wichtig ist – von Verantwortlichkeiten. Insofern ist der eea verbindlich und die Umsetzung der Maßnahmen wird in einem regelmäßigen Re-Audit-Prozess überprüft und zertifiziert.

Darauf lassen sich eea-Kommunen ein – auch wenn die Messung und Bewertung des eigenen Handelns, des bisher Erreichten manchmal auch schmerzlich oder zumindest unbefriedigend sein kann. Dafür ist der eea aber ein Instrument, das kommunale Aktivitäten im Energie- und Klimaschutzbereich



Kommunale Klimapolitik

„ Wir haben kein Erkenntnisproblem mehr, sondern ein Umsetzungsproblem. “

Mojib Latif, Klimaforscher, Kiel, 2011

hervorragend dokumentiert und stetig verbessert. Er verfolgt die sich konsequenterweise einstellenden Erfolge der Kommunen, bewertet diese und belohnt sie durch Zertifizierung und Preisverleihung.

Diese Broschüre stellt den eea in den Zusammenhang der nationalen und internationalen Klimaschutzpolitik. Sie beschreibt

die Bedeutung der Städte für den weltweiten Klimaschutz. Der Werdegang des eea wird dargestellt und die verschiedenen Bausteine und Tools werden näher beleuchtet, einschließlich der Strukturen und der verschiedenen Netzwerke. Schließlich zeigt ein Blick in die Zukunft die Weiterentwicklung des eea zu einem kompletten System für die kommunale Klimaschutz- und Klimaanpassungspolitik.

Global denken – lokal handeln

Der weltweite Klimaschutz kommt voran

Paris, 12.12.2015



Einigung in Paris und Pariser Abkommen, 12.12.2015

Eigentlich war das Ende der Pariser Klimaschutzkonferenz, Kurzbezeichnung „COP 21“ (weil es sich um die inzwischen 21. Konferenz dieser Art handelte) für den 11.12.2015 geplant. Am Abend des 12.12.2015 war es dann endlich so weit. Die Welt, d. h. 196 Staaten, einigte sich auf ein weltweites Klimaschutzabkommen, welches eine Fülle an verbindlichen Vereinbarungen beinhaltet. Die intelligente Lösung bestand darin, dass man sich auf relativ verbindliche Klimaschutzziele verständigte, den einzelnen Staaten den Weg zur Einhaltung dieser Ziele aber weitgehend selbst überlässt. Dies bringt sicherlich noch erhebliche Probleme bei der Umsetzung mit sich, sodass Bundesumweltministerin Hendricks mit Recht sagte: „Dies ist nicht das Ende, sondern der Anfang eines langen Weges.“ Auf der Konferenz in Marrakesch im Herbst 2016 wurden die Rahmenbedingungen für die Umsetzung des Abkommens weiterentwickelt.



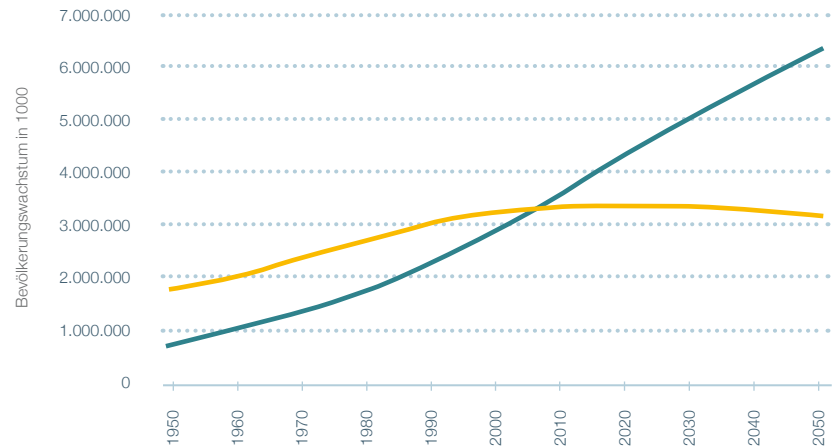
Die Vertreter der Staaten am ersten Tag der Konferenz

Die Ziele sind ebenso notwendig wie ambitioniert. Die Erderwärmung soll auf deutlich unter 2 °C, eher unter 1,5 °C gedrückt werden. Die Nettotreibhausgasemissionen sollen zwischen 2045 und 2060 auf null heruntergefahren werden, was eine Dekarbonisierung der Weltwirtschaft bedeutet. Die Erfolge in den einzelnen Ländern werden durch Nachschärfungsrunden alle fünf Jahre ab 2018 überprüft. Um die Entwicklungsländer zu entlasten, verpflichten sich die Industrieländer zur Zahlung von 100 Milliarden US-Dollar jährlich zunächst zwischen den Jahren 2020 bis 2025.

Nachdem die USA und China, die gemeinsam für 40 % des weltweiten CO₂-Ausstoßes verantwortlich sind, im September 2016 auf dem G20-Gipfel das Abkommen unterzeichnet haben, ist zu erwarten, dass das Klimaabkommen Ende 2016 in Kraft treten kann. Die internationalen Weichen wurden also

Intelligent Cities

- Stadtbevölkerung
- Landbevölkerung
- * ab 2010 bezogen auf die mittlere Bevölkerungsentwicklungsprognose des UN/DESA



in die richtige Richtung gestellt. Der eingangs genannte Slogan zum lokalen Handeln (der schon seit der ersten Ölkrise 1973 aktuell ist) gewinnt in diesem Zusammenhang aber immer mehr an Bedeutung. Denn die großen globalen Ziele werden sich nur verwirklichen lassen, wenn sie ihre Entsprechung auf der lokalen Ebene bis hin zum privaten Handeln eines jeden Einzelnen finden. Nur was ich vor Ort umsetze, wird dauerhaft zur Einhaltung der globalen Klimaschutzziele beitragen.

Was können Städte wie Münster oder Landkreise wie Ravensburg dazu beitragen, dass die Carteret-Inseln nicht im Pazifik versinken? Nichts und doch so viel. Gute Beispiele auf lokaler Ebene zu realisieren, schafft ein „positives Klima“ in den Köpfen der Menschen und dies beeinflusst wiederum das private Verhalten. Eine gute Verkehrsplanung befördert den Verzicht aufs Auto und die Nutzung des Fahrrads. Die Ernährung mit

heimischen Produkten beschleunigt die Umstellung der Landwirtschaft und reduziert Transportaufwendungen. Vielleicht werden die Bürger/innen auch teilweise auf Flugreisen verzichten, sie werden verstärkt regenerativen Strom nutzen oder ihn gar selbst erzeugen. All diese kleinen Einzelmaßnahmen können politische Einstellungen verändern und den Weg in die richtige Richtung für eine noch klimaschonendere Politik auf allen Ebenen, von der Kommune bis hin zur Europäischen Union, ebnen.

Die Bundesregierung hat bereits lange vor Paris, angesichts der Fukushima-Katastrophe, eine umfassende Energiewende beschlossen. Das Energiekonzept 2010 und die Eckpunkte vom Juni 2011 bilden die Grundlage, den Masterplan für die Energiewende, welche nicht mehr und nicht weniger als den Umbau der Energieversorgung bedeutet. Die Ziele der Energiewende und des Klimaschutzes sollen eng miteinander verknüpft wer-



Smog in China



Perspektive Erde Megacities

den, um die Klimaschutzziele zu erreichen. Daher wurde neben dem Ausbau der regenerativen Energiequellen (die im Fokus der Energiewende stehen) die Energieeffizienz als entscheidender Baustein in die Programmatik eingefügt und der „Nationale Aktionsplan Energieeffizienz (NAPE)“ beschlossen. Und hier sind wir wieder bei den kommunalen Aktivitäten zum Klimaschutz angekommen, denn lokale Maßnahmen zur Effizienz (vom Gebäude über den Verkehr bis hin zu Industrie und Gewerbe) stellen einen wesentlichen Schwerpunkt zur Umsetzung der nationalen und globalen Klimaschutzstrategie dar.

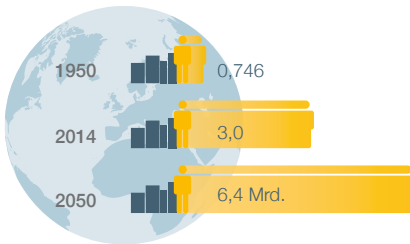
Die Bedeutung der Städte für den globalen Klimaschutz

Dass eine einzelne deutsche Stadt die Welt nicht retten kann, haben wir schon am Beispiel Münster erläutert. Aber die Fülle

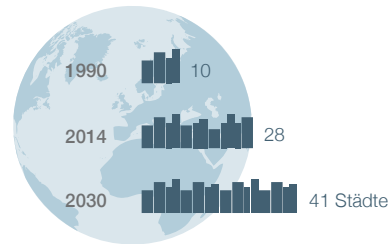
der Städte weltweit und die zunehmende Urbanisierung stellen für die Umsetzung der globalen Klimaschutzpolitik eine entscheidende Größe dar.

Bereits heute verursachen Städte etwa 70 % der weltweiten CO₂-Emissionen. Etwa 75 % der Energie wird in diesen Städten verbraucht. Sie gelten als Hauptverursacher der Luft-, Wasser- und anderer Umweltbelastungen. Die problematischen Smog-Situationen in chinesischen Metropolen mit ihren erschreckenden Bildern sind oft genug sogar Thema in den deutschen Nachrichten. Und die Zahl der in Städten und in sogenannten Megacities lebenden Menschen wird in den nächsten Jahrzehnten aufgrund der ständigen Landflucht weiter ansteigen. Im Jahr 2050 rechnen die Vereinten Nationen damit, dass etwa $\frac{3}{4}$ der Weltbevölkerung in (immer größer werdenden) Städten lebt.

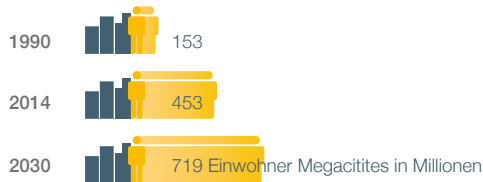
Städtische Bevölkerung weltweit



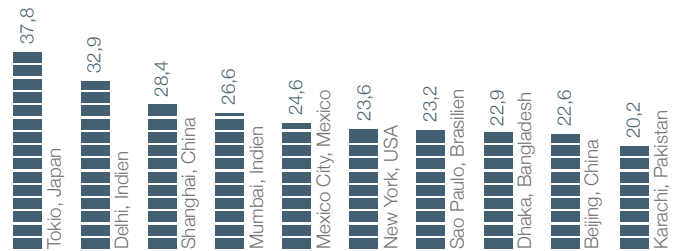
Megacities weltweit



Einwohner in Megacities weltweit



Megacities im Jahr 2025



Diese Situation haben wir in Deutschland schon erreicht. Drei von vier Menschen leben in Städten. Sie sind die zentralen Stätten für Wohnen, Arbeiten, Freizeit, Kultur, Erlebnis. Die Zahl der Städtereisen steigt exorbitant, weil viele Menschen das Erlebnis Stadt

immer öfter einem Naturerlebnis vorziehen. Diese Entwicklung der zunehmenden Verstädterung und die Einflüsse von außen führen zu ganz neuen Leitbildern für die Stadt der Zukunft.

Die Stadt – das unbekannte Wesen

Probleme und Risiken – Chancen und Möglichkeiten

„Die Stadt der Zukunft soll vor allem lebenswert sein. ... Alle großen Herausforderungen unserer Zeit zeigen sich in besonderer Brisanz in den Metropolen. Von Städten geht aber auch der Impuls zur Veränderung aus. Wir alle wollen eine saubere Umwelt, ein funktionierendes Verkehrssystem, sichere und bezahlbare Energie sowie ein gutes soziales Miteinander. Wir wollen also nachhaltige, bürgerfreundliche Städte. Es geht um die Heimat der Stadtbewohner.“

Bundesforschungsministerin Prof. Dr. J. Wanka,
Perspektive Erde, Verlagsbeilage im *journalist*, Juni 2015

Zahlreiche Beispiele zeigen, wie stark das Leben in den Städten und Gemeinden durch weltweite Ereignisse beeinflusst wird und dies mit immer höherer Frequenz. Auf diese Veränderungen können sich gewachsene Städte mit relativ festen Strukturen nur begrenzt, zeitversetzt oder erst in längeren Entwicklungsschritten einstellen.

Technische Entwicklungen und Veränderungen menschlicher Verhaltensweisen, aber auch modische Erscheinungen bewirken grundlegende Veränderungen im Stadtorganismus, wie z. B. die e-mobility, das Versandwesen und der damit einhergehende Lieferverkehr oder die Entwicklung der Share Economy. Die Anforderungen der Bürger/innen an die Stadt wandeln sich immer schneller und die Stadt muss diesen Anforderungen durch geeignete Angebote gerecht werden.

Wer heute eine Vision unserer Städte und Kommunen in 30 oder 50 Jahren entwirft, ist zumindest sehr mutig, in den meisten Fällen aber ein nicht ernst zu nehmender Scharlatan (nur zur Erinnerung: Vor etwa 40 Jahren hatten wir die erste Ölkrise, wir sprechen also nicht von überaus langen Zeiträumen).

Dies trifft natürlich in ganz besonderer Weise auf energiepolitische, energietechnische, bautechnische, baustrukturelle, verkehrstechnische und –strukturelle sowie klimarelevante Fragestellungen und Systeme zu.

Was haben die Städte und Kommunen eigentlich heute für ein Problem?

Städte und Kommunen haben nicht ein Problem, sondern sie haben einen ganzen Strauß an Problemen.

Vielleicht haben sie aber auch nur zwei wesentliche Probleme: Sie wissen nicht, wie sie mit den aktuellen Problemen fertig werden sollen und sie wissen nicht, wie die Zukunft aussehen wird.

Ja, Experten/innen können so einiges prognostizieren. Die zukünftige Entwicklung des weltweiten Klimas bildet die Grundlage zahlreicher Szenarien. Im kleinteiligen und regionalen Bereich zeigen sich hier jedoch bereits die ersten Prognose-schwächen aufgrund unsicherer Datenlagen. Auch die Bevölkerungsentwicklung lässt sich relativ genau vorausberechnen. Die Schrumpfung der deutschen Bevölkerung und die damit einhergehende Überalterung sind seit Jahren Gegenstand der politischen Diskussion. Damit verbunden sind Voraussagen der ökonomischen Entwicklung und technologischer Entwicklungsstränge. Welche Auswirkungen die aktuelle Migrationsbewegung haben wird, ist derzeit bei den Experten/innen

recht strittig. Auch werden notwendige Konsequenzen einer veränderten Bevölkerungsstruktur nicht ausreichend diskutiert. Erforderliche Maßnahmen, die durchaus erhebliche Konsequenzen auch hinsichtlich Klimaschutz und Energieeffizienz haben können, werden nicht behandelt.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung ist hier mit seinem Programm „Zukunftsstadt“ vorangegangen und hat zumindest versucht, die wichtigsten und richtigen Zukunftsfragen zu stellen, ohne gleich Gefahr zu laufen, schon Antworten geben zu wollen. Zahlreiche Experten/innen haben in vielen Workshops darüber diskutiert, durch welche Einflussgrößen in Zukunft unsere Städte und Kommunen beeinflusst werden bzw. werden könnten.

Welche Faktoren werden die Städte und Kommunen nach Meinung dieser Experten/innen in Zukunft stark beeinflussen?

- Veränderungen der demografischen Struktur (Überalterung, aber auch Integration von jungen Migranten, behindertengerechte Stadt, Pflegekapazitäten, Einrichtungen zur Inklusion von Ausländern)
- Veränderungen in der Struktur von Wirtschaft und Arbeitswelt (Produktion on demand, Bestellungen über Internet mit einhergehender Entwicklung von Lieferstrukturen, Veränderungen der Arbeitsbedingungen, Stichwort Home Office bzw. Work Life Balance)
- Veränderungen in der Verkehrsstruktur (Liefersysteme, e-Mobilität, Entzerrung)
- Land-Stadt-Flucht (städtische Verdichtung, mehr Wohnfolgeeinrichtungen, Grün in der Stadt, Urban Gardening)

- Entwicklungen hinsichtlich der Kommunikationsstruktur (die technischen Entwicklungen im Bereich künstlicher Welten oder bei 3-D-Druckern sind derzeit noch überhaupt nicht absehbar)

Diese unvollständige Liste zeigt einen kleinen Ausschnitt möglicher Tendenzen. Welche in welcher Form, Geschwindigkeit und Intensität eintreten wird, können die Experten/innen derzeit allerdings noch nicht abschätzen. Was bedeutet das jetzt aber für die Entwicklung unserer Städte und Kommunen hinsichtlich ihrer Energie- und Klimapolitik?

Die Vision der Stadt der Zukunft gibt es heute nicht (mehr). Egal, ob man sie nun „Intelligent City“, Zukunftsstadt, Smart City, Klimastadt, Green City oder Energy Efficient City nennt. Auch die großen Würfe städtischer Neustrukturierungen (wie z. B. George-Eugène Baron Haussmann in Paris oder Peter Joseph Linné in Berlin) gibt es in europäischen Städten nicht und wird es in Zukunft auch nicht mehr geben. Es kann somit Visionen für Teilbereiche oder bestimmte Themen geben, nicht aber für die Stadt als Ganzes.

Jawohl, die Kommune braucht Konzepte, Leitbilder und Vorschläge für strategisches Handeln. Die Politik braucht Visionen für eine klimagerechte Stadtentwicklung. Aber all dies muss verstetigt werden, es muss dauerhaft Eingang finden in kommunales Handeln. Es dürfen keine Momentaufnahmen, keine „Eintagsfliegen“ bleiben, die in Schubladen oder auf Festplatten verschwinden und die mehr oder weniger als Alibi dienen, „man habe doch etwas in Sachen Klimaschutz gemacht“.

Hier darf sich die Kommune auch nicht durch staatliche Förderprogramme verleiten lassen, sondern muss eigenständig,

d. h. aus eigenem Antrieb, Anstrengungen unternehmen, die die örtlichen Gegebenheiten berücksichtigen und Klimaschutz zu einer Daueraufgabe machen.

Aktuelle Projekte oder Programme wie z. B. „Zukunftsstadt“, „Intelligent Cities“ oder „EnEff:Stadt“ befassen sich daher auch weniger mit den „großen“ Visionen, sondern vernünftigerweise mit den richtigen Wegen zu einer (besseren) Stadt oder zu einem Gemeindewesen der Zukunft. Hierfür braucht es Planungsmethoden und Steuerungsinstrumente, wie die meisten Verantwortlichen betonen.

„Technik ist wichtig, um ein intelligentes Städtekonzept umzusetzen, neue Gewerbemöglichkeiten zu kreieren, Investitionen anzuziehen und Arbeitsplätze zu schaffen. Aber Technik allein wird keine Wunder vollbringen. Ebenso wichtig sind Good Governance und das aktive Einbeziehen der Einwohner in die Entwicklung von neuen Organisationsmodellen für eine neue Generation von Dienstleistungen und eine grünere und gesündere Lebensweise.“

Johannes Hahn, Mitglied der Europäischen Kommission in Intelligent Cities, Report von B.A.U.M.Consult und Accenture

„Laut der Europäischen Kommission ... ist die Entwicklung einer Vision für die gesamte Stadt, die über das einzelne Projekt hinausgeht und in den stadtreionalen Kontext eingebunden ist, ein Schlüsselement nachhaltiger Stadtentwicklung. Eine Vision schließt die Analyse der Zielgebiete, Strategieentwicklung, Festlegung langfristiger und mittelfristiger Ziele, Prioritäten, Maßnahmen und Projekte ein. Die Ergebnisse sollen unbedingt messbar und überprüfbar sein, um die Entwicklung hin zu einer intelligenten Stadt besser dokumentieren und steuern zu können.“

B.A.U.M. GmbH, Intelligent Cities Report

Letzteres klingt schon fast wie die Roadmap für den eea, der nach Meinung vieler beteiligter Kommunen auch ein Instrument hin zu einer intelligenteren Stadt, zumindest zu einer intelligenteren Verwaltung ist.

Warum kommunaler Klimaschutz und, wenn ja, wie?

Fassen wir zusammen: Die Stadt ist ein Schmelztiegel unterschiedlicher individueller Bedürfnisse. So gibt es keinen einheitlichen Begriff für „gute Lebensbedingungen“ oder „Behaglichkeit“. In Deutschland gibt es etwa 80 Millionen Behaglichkeiten, aber oft nur eine Norm für bestimmte Lebensbereiche bzw. technische Lösungen zur Befriedigung individueller Ansprüche. Die Stadt ist also immer ein Kompromiss. Es gilt in der Stadt das große Spektrum an Bedürfnissen und Wünschen aufzunehmen, zu ordnen und einem möglichst von der Allgemeinheit oder zumindest von einer Mehrheit als positiv empfundenem Optimum zuzuführen.

Das lässt sich am besten durch kleinteilige Lösungen unter Beteiligung der Akteure und Betroffenen erreichen. Kleinteilige Lösungen sind flexibler gegenüber technischen und gesellschaftlichen Neuerungen (bzw. Umwälzungen), sie sind weniger risikobehaftet und weisen geringere Amortisationszeiten auf. Wenn die Zukunft immer weniger bekannt oder verlässlich ist, müssen die Reaktionszeiten der Systeme immer kürzer werden (vgl. ABS-Systeme im Pkw bei unsicheren Straßenverhältnissen).

Dabei ist ein enges Zusammenwirken von Politik, Verwaltung, Akteuren, Stakeholdern, Bürgerschaft u.v.a.m. erforderlich sowie ein Instrumentarium, welches Kontinuität und Dauerhaftigkeit kommunalen Handelns unterstützt und gewährleistet. Wir brauchen die Politik der kleinen und kleinsten Schritte, wir müssen kontinuierlich und beharrlich „am Ball bleiben“, beobachten, Maßnahmen umsetzen, messen, Konsequenzen ziehen, also einen dauerhaften Prozess etablieren, und schon sind wir wieder bei der Grundphilosophie des eea.

Warum eine Kommune sich Gedanken zum Klimaschutz machen und entsprechende Maßnahmen ergreifen sollte, könnte man schnell mit dem Slogan „Global denken – lokal handeln“ begründen. Die lokale Verantwortung für den weltweiten Klimaschutz, insbesondere die Bedeutung und Verantwortung der Städte haben wir ausführlich dargestellt. Aber so einfach stellt sich die Situation vor Ort nicht dar. Klimaschutz ist keine Aufgabe, zu der eine Kommune per Gesetz verpflichtet ist. Nun könnte man an dieser Stelle den Begriff der „Kommunalen Daseinsvorsorge“ heranziehen, welcher meint, dass die Gemeinde wirtschaftliche, soziale und kulturelle Dienstleistungen für alle Bürger/innen, mittels eigener Einrichtungen oder durch beauftragte Dritte, bereitstellt. Hierzu ist sie laut Artikel 20 Grundgesetz verpflichtet. Dort ist aber nicht explizit ausgeführt, dass hierzu auch die Bereitstellung einer möglichst gesunden Umwelt und einer möglichst effizienten Energieversorgung sowie die Belange des Umweltschutzes gehören.

Zur kommunalen Daseinsvorsorge können gehören: Abfallwirtschaft, Abwasserentsorgung, Wasserversorgung, Energieversorgung, ÖPNV, Sparkassen, Krankenhäuser, Schulen, kulturelle Einrichtungen und andere Einrichtungen, die jeweils im Einzelfall geregelt werden.

Von Klimaschutz ist dabei keine Rede. Ein Engagement im Bereich Klimaschutz ist also für Kommunen eine freiwillige Leistung. Daher müssen z. B. Haushaltssicherungskommunen im Land Nordrhein-Westfalen, die sich mithilfe des eea im Klimaschutz engagieren und dafür Geld und Personalkosten ausgeben, um eine Ausnahmegenehmigung beim Regierungspräsidenten ersuchen. Trotzdem engagiert sich eine große Zahl der Kommunen in diesem Bereich, weil sie eben die Notwendigkeit einer sauberen Umwelt für ihre Bürger/innen erkannt haben, weil sie dieses Engagement hervorragend als

Standortmarketing einsetzen können (z. B. die Stadt Bottrop bei dem Wettbewerb um den Titel „Innovation City“ im Ruhrgebiet, welcher ihr eine Menge finanzieller und Imagevorteile in den letzten Jahren gebracht hat). Auch andere Städte werben mit diesem Image wie z. B. Münster als Fahrradmetropole oder Delitzsch als energieautarke Gemeinde.

Da diese Prozesse in der Regel immer unter intensiver Bürgergesellschaftsbeteiligung laufen, wird auch das Verhältnis zwischen Bürger/innen und Verwaltung verbessert, ein Effekt, der angesichts der immer stärker werdenden Verwaltungs- und Politikverdrossenheit nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

Für einen effizienten kommunalen Klimaschutz ist ein nachhaltiges Instrumentarium notwendig, wie es der eea bietet. Hierdurch kann die Kommune den Prozess dauerhaft steuern, die Bürgerschaft einbeziehen und das Verwaltungshandeln weit über das Thema Klimaschutz hinaus optimieren.

Warum brauchen Städte und Gemeinden ein Qualitätsmanagement und ein Planungsinstrument für dauerhaften Klimaschutz?

Erinnern wir uns an den Ausruf eines früheren Kollegen beim Projektträger Jülich. Er rief damals entrüstet über den Flur „Wie brauchen keine Listen, wir brauchen Projekte!“ und kritisierte damit eine zu formalisierte und zu wenig fachlich orientierte Förderpraxis mit einer zu geringen Umsetzungsorientierung (siehe Zitat von Mojib Latif auf Seite 10).

Leicht abgewandelt kann man diesen Spruch auch auf die kommunale Klimaschutzarbeit übertragen. Auch hier geht es

darum, von der Ebene der Konzepte, Szenarien und Visionen weg von Datenfriedhöfen hin zu umsetzbaren und umgesetzten Maßnahmen zu kommen. Und diese konkreten Maßnahmen sollen mit den beteiligten Akteuren abgestimmt sein und gemeinsam getragen werden, ihre Effekte messbar und bewertbar sein und letztendlich dann auch noch zu einem positiven Image der Stadt, der Gemeinde oder des Landkreises beitragen. Wie wichtig ein solches Engagement der Gemeinden auf diesem Gebiet, der Schaffung eines lebenswerten Wohn- und Arbeitsumfeldes unter Einbeziehung der Bevölkerung ist, zeigen die Wahlergebnisse bei Kommunalwahlen in zahlreichen Bundesländern, bei denen gerade solch engagierte Gemeinden auf solide politische Verhältnisse verweisen können. Diese Kommunen leiden in der Regel auch weniger unter Überalterung der Bevölkerung (durch den verstärkten Zuzug junger Familien), unter Schrumpfung oder Wegzugsbestrebungen.

Für eine aktive und effiziente Klimaschutzpolitik muss die Politik gewonnen und eingebunden werden, die Bevölkerung muss mitgenommen werden und das Verwaltungshandeln muss entsprechend organisiert und geordnet sein. Aber auf welchem Weg erreicht die engagierte Kommune dieses Ziel?

Gehen wir einen Schritt zurück an den Anfang der Überlegungen zu urbanen Energiesystemen zum Zeitpunkt der ersten Ölkrise in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Damals wurde durch das Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) der Growian (Große Windkraftanlage) gefördert, als Prototyp gebaut und – weil gescheitert – gleich wieder abgebaut. Heute ist eine Unzahl von Windkraftanlagen wirtschaftlich am Netz, die größer als der Growian sind. Seinerzeit waren Solaranlagen in der Entwicklung, die ersten Blockheizkraftwerke wurden in Heidenheim erprobt, die Wär-

meschutzverordnung war gerade entwickelt, die Wärmepumpentechnologie stand am Anfang, ebenso neue Fenstersysteme oder Dämmsysteme wie die Vakuumsuperisolation, neue architektonische Konzepte wurden entwickelt, die ersten Veröffentlichungen zum Thema „Bau und Energie“ oder „Energie und Stadtplanung“ kamen auf den Markt. Wohin sich die innovativen Technologien entwickeln würden, welche sich dauerhaft effizient am Markt durchsetzen würden, war selbst den Experten/innen der damaligen Zeit nicht bekannt.

Viel wichtiger war aber: Die Entwicklung der äußeren Rahmenbedingungen war nicht bekannt und auch nicht zu prognostizieren. Einige Begriffe, die heute in aller Munde sind, waren seinerzeit noch nicht einmal geprägt: Klimawandel, Bevölkerungsschwund, neue Kriegsherde, Migrationsbewegungen, Atomunfälle und Atomausstieg, e-Mobilität, IT und Internet, Versandwesen, Lieferverkehr, Lifestyle u.v.a.m.

Wer einige dieser Entwicklungen und ihre Auswirkungen bereits vor 30 Jahren vorhergesehen hat, möge sich melden. Das bedeutet aber andererseits: Wir brauchen auch heute nicht den einen großen Wurf, weil sich dieser angesichts sich ständig verändernder Rahmenbedingungen immer als falsch bzw. zumindest suboptimal erweist. Wir brauchen vielmehr die Politik (und Technik) der kleinen Schritte. Wir müssen dauerhaft „am Ball bleiben“, beobachten, Konsequenzen ziehen, Erfolge messen, möglichst viele Akteure und Betroffene beteiligen, beobachten und das immer wieder. Das heißt: Ein

dauerhafter Prozess muss etabliert werden. Und damit wären wir wieder bei der Grundphilosophie, der Geschichte und den Zielen des European Energy Awards.

Der eea ist ein Prozess mit „Wiedervorlage“, vergleichbar mit jährlichen Steuererklärungen, Daueraufträgen oder medizinischen Vorsorgeuntersuchungen. Durch die regelmäßige Überprüfung der geleisteten Arbeit und der erreichten Ergebnisse wird die kommunale Klimaschutzarbeit verstetigt und bleibt auch in schwierigen Zeiten, in denen kurz- oder langfristig andere Schwerpunkte gesetzt werden, z. B. angesichts der aktuellen Flüchtlingsproblematik, dauerhaft auf der Agenda und damit ein festes Element kommunaler Politik. Man muss nicht immer neu nachdenken oder bei null anfangen, sondern man kann auf bestehende Instrumente und Organisationsstrukturen aufbauen.

Der eea zeichnet sich dadurch aus, dass er alle relevanten Themen einer nachhaltigen Stadtentwicklung einbezieht. Er steuert die kommunalen Prozesse durch ausgereifte Tools und Hilfestellungen und durch die Anleitung der externen eea-Beratenden.

Durch den eea lassen sich die Fortschritte in der Kommune messen und nach innen und außen kommunizieren. Der eea verankert den Klimaschutz in der kommunalen Verwaltung und stärkt die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und externen Akteuren.

Wie alles begann

Zur Entwicklungsgeschichte des European Energy Award



Start des Labels „Energienstadt“ 1991

Begonnen hat es im Frühjahr 1998 in einem kleinen Züricher Ingenieur- und Planungsbüro, d. h. eigentlich bereits einige Jahre früher.

In der Schweiz haben einige EnergieExperten/innen unter der Leitung von Conrad Brunner im Jahr 1991 mit dem Label Energienstadt ein Zertifizierungsverfahren für die energetische Qualität von Schweizer Kommunen entwickelt. Dieses Verfahren bildet die Grundlage des darauf aufbauenden Qualitätsmanagement-Prozesses, welcher seit 2001 unter dem Titel „eea – European Energy Award“ in so vielen europäischen Ländern und Kommunen verbreitet ist.



In Österreich wurde im Bundesland Vorarlberg das Energiemodell Ende der 90er Jahre quasi „eins zu eins“ übernommen und unter dem Label e5 vorrangig in kleineren Kommunen angewendet.



In Deutschland hat die Einführung des eea eine längere Vorgeschichte. Zwischen 1979 und 1985 wurde durch das damalige Bundesforschungsministerium (BMFT) mit Modellprojekten in etwa 25 Kommunen und Regionen sowie durch zwei theoretische Parameterstudien die Grundlage geschaffen für „kommunale Energieversorgungskonzepte“ und damit der Einfluss der Kommunalplanung (bzw. der für die Kommune verantwortlichen Akteure) auf die örtliche Energieplanung erheblich gestärkt. Auch wenn der Titel des Programms auf „Versorgungs“-Konzepte schließen ließ, wurden erstmals die Struktur der Nachfrage und das Angebot in integrierten Ansätzen betrachtet und die Kommunen von der Energiewirtschaft als zumindest gleichwertiger Diskussionspartner und Entscheidungsträger anerkannt.

Daher entwickelten sich die „Versorgungs“-Konzepte schnell zu Energiekonzepten, weil unmittelbar klar wurde, dass nicht nur die Versorgung mit Energie sondern ebenso – wenn nicht noch mehr – die Reduzierung der Nachfrage durch Energieeinsparung und Energieeffizienz im Vordergrund der Betrachtung stehen musste. Nicht zufällig fiel diese Entwicklung auf kommunaler Ebene mit der Einführung der Wärmeschutzverordnung zusammen, die die Grundlage für die spätere Energieeinsparverordnung (EnEV) bildete. Klimaschutz war in diesen Jahren allerdings noch kein Thema, sodass sich alle



Eines der ersten eea-Treffen in Schaffhausen im Jahr 2001 mit den vier Müttern und Vätern des eea: Cornelia Brandes (obere Reihe rechts), Armand Dütz (unter C. Brandes), Robert Horbaty (rechts oberhalb A. Dütz) und Karl-Heinz Kasper (untere Reihe rechts im blauen Hemd)

Überlegungen bis Anfang des neuen Jahrtausends mit Energieeinsparung, Energieeffizienz und regenerativen Energiequellen befassten. Zu dieser Zeit wurde daher auch die Maßnahmenpyramide entwickelt: Erstens Energie einsparen, dann die notwendige Energie möglichst effizient nutzen und den Rest der benötigten Energie regenerativ decken.

In den folgenden Jahren (nach 1985) wurden in einigen Bundesländern wie z. B. in Bayern, Nordrhein-Westfalen, Hessen oder dem Saarland zahlreiche kommunale Energiekonzepte gefördert. Mehrere Evaluierungsgutachten zur Wirkung der Landesförderung brachten in den Ländern Bayern und NRW bei über 500 Kommunen ernüchternde Erkenntnisse. Von

den 500 Konzepten wurden etwa 5 % in den Kommunen aktiv gelebt und umgesetzt. Weitere 5 % waren zumindest in den Kommunen bekannt, aber etwa 90 % aller Konzepte waren in den Schubladen oder auf den Festplatten der Verwaltungen verschwunden und/oder aufgrund von Mitarbeiterfluktuation nicht mehr bekannt.

Nicht nur, dass hier in erheblichem Umfang Förder-, d. h. Steuermittel, nicht sinnvoll verwendet wurden, es wurde auch nichts für die kommunale Energiepolitik erreicht, ein frustrierendes Ergebnis. In anderen europäischen Ländern war die Entwicklung kaum anders. Es lag auf der Hand, dass hier Abhilfe geschaffen und ein Weg gefunden werden musste, die Energiepolitik in den Kommunen dauerhaft zu verankern, weiterzuentwickeln und die erreichten Ergebnisse, d. h. die umgesetzten Maßnahmen und deren Effekte, laufend zu überprüfen. Letztendlich sollten sich die aktiven Kommunen positiv in der Öffentlichkeit darstellen und die Verwaltungen ihre Leistungen dokumentieren können und für ihre Anstrengungen innerhalb und außerhalb der Kommune belohnt werden.

Und damit sind wir jetzt wirklich im Jahr 1998 angekommen. Aufgrund zahlreicher früherer Kontakte in die Schweiz und nach Vorarlberg (immerhin waren einige Schweizer Büros bereits an der Entwicklung der deutschen Energieversorgungskonzepte beteiligt) fand auf Anregung der deutschen Experten/innen das „konservative“ Treffen in Zürich statt, welches die Grundlage für die Entwicklung eines europäischen Qualitätsmanagement-Verfahrens für die Energie- und Klimaschutzpolitik von Kommunen darstellte.

Aufbauen konnte man dabei auf den Erfolgen und dem Instrumentarium aus Österreich und der Schweiz, bis zu einem international anwendbaren QM-Prozess war es jedoch ein weiter

Weg. Es waren sehr viel Arbeit und ein hoher Abstimmungsbedarf erforderlich, um die regionalen und nationalen Besonderheiten in einem international einheitlichen und standardisierbaren Modell berücksichtigen zu können. Beispiel: Während sich sowohl das Energiestadtmodell als auch das e5-Verfahren schwerpunktmäßig mit kleinen Kommunen von 1.000 bis 10.000 Einwohnern beschäftigt hatten, musste ein auch für Deutschland taugliches Modell die Probleme von Metropolen mit 200.000 bis 1 Mio. Einwohnern abbilden können.

Bei der Entwicklung half sowohl die finanzielle Unterstützung der EU, des Bundesamts für Energie in der Schweiz, des Landes Nordrhein-Westfalen als auch das finanzielle und personelle Engagement der privaten Ingenieur- und Planungsbüros. Ganz besonders wichtig war aber das Engagement zahlreicher Modellkommunen aus den beteiligten Ländern, deren praktische Erfahrungen erheblich zum Gelingen der Arbeit beigetragen haben.

Im Jahr 2001 waren die Entwicklungsarbeiten weitgehend abgeschlossen und die Markteinführung konnte beginnen. Bei der Entwicklung war neben den drei genannten Ländern auch noch Polen beteiligt. Da es aber nicht möglich war, die notwendigen Strukturen und Grundzüge einer staatlichen Förderung für die Kommunen in Polen zu etablieren, waren die Arbeiten dort trotz zahlreicher intensiver Bemühungen nicht von Erfolg gekrönt.

Im Jahr 2008 wurde mit dem „Forum European Energy Award e.V.“ ein Verein als europäische Dachorganisation mit Sitz in Berlin gegründet. In diesem Verein sind neben den Entwicklern, die Vertreter/innen der beteiligten Länder, Bundesländer, Energieagenturen und Geschäftsstellen sowie Kommunen mit Goldauszeichnungsstatus vertreten. Die organisatorischen



und strukturellen Voraussetzungen auf nationaler und europäischer Ebene werden später noch näher erläutert.

In den Jahren seit 2001 wurde das Instrumentarium in regelmäßigen Abständen auf internationaler Ebene aktualisiert und neu geeicht. Seit 2010 liegt das Management-Tool internetbasiert vor. In Zusammenarbeit mit nationalen Trägern und Geschäftsstellen, aber auch mit Kommunen und Beratenden, wurde das Tool laufend den praktischen Bedürfnissen und aktuellen energie- und klimapolitischen Entwicklungen angepasst. Neue Bausteine und Hilfsmittel wurden sowohl für den eigentlichen eea-Prozess als auch für die allgemeine Klimapolitik der Kommunen entwickelt (hierzu Näheres im Abschnitt zu den Instrumenten).

Durch die laufende Aktualisierung unter Einbeziehung aller relevanten Akteure ist der eea immer auf dem neuesten Stand der technischen und methodischen Entwicklung und liefert mit seinen aktuellen Weiterentwicklungen auch in Richtung Klimaanpassung ein komplettes Instrumentarium für die kommunale Klimaschutz- und -anpassungspolitik.

Wie funktioniert der eea?

Der eea als komplexes Gesamtsystem

Der eea ist ein Instrument zur Zertifizierung, zum Benchmarking und zur Auszeichnung; er ist ein Tool zur Bestandsaufnahme (Wo steht die Kommune aktuell in ihren Bemühungen?), er ist ein Instrument zur Entwicklung von Maßnahmenplänen und von Szenarien sowie deren Bewertung. Der eea ist ein Mittel zum effizienten Verwaltungshandeln sowie zur Partizipation von Bürgern/innen sowie Akteuren und Multiplikatoren auf lokaler Ebene. Außerdem ist er ein Instrument, mit dem sich die Kommune gut in der Öffentlichkeit darstellen kann.

Der eea geht dabei von einigen wichtigen Grundprinzipien aus:

- Der eea ist ein Selbsteinschätzungs-Prozess. Dies bedeutet, dass die Kommune die wesentlichen Arbeiten selbst durchführen muss, sie dadurch aber auch selbst in der Hand hat. Sie wird im Verlauf der Arbeiten durch eine/n der akkreditierten eea-Beratenden begleitet. Durch dieses Prinzip bleiben die Daten und die Verwaltungsabläufe in der Gemeinde dauerhaft erhalten und gehen nicht verloren, wie es oft nach Abschluss eines Gutachtens durch Dritte passiert.
- Zentrales Element des eea ist der Managementzyklus, welcher immer wieder im Re-Audit durchlaufen wird. Dadurch wird kommunale Klimapolitik nachhaltig in der Kommune etabliert und die erreichten Erfolge gemessen, bewertet und zertifiziert.
- Die Kommune bildet ein Energieteam vor Ort, mit den für die Arbeit erforderlichen Experten/innen und einem verantwortlichen Teamleiter. Diese Struktur unterstützt wiederum die Dauerhaftigkeit der Klimaschutzaktivitäten.
- Der eea ist Grundlage für eine Zertifizierung und damit für eine Preisverleihung. Diese kann durch die Kommune für aktives Standortmarketing genutzt werden.
- Der eea besitzt Schnittstellen zu zahlreichen anderen Instrumenten wie z. B. ECOSPEED Region, um Bilanzen und Szenarien erstellen zu können.

- Der eea bietet ein umfangreiches Netzwerk zum gegenseitigen Erfahrungsaustausch an, sowohl unter Kommunen, Beratenden und Auditoren/innen als auch unter Trägern und Geschäftsstellen und dies auf Bundesländer-, Bundes- und internationaler Ebene. Die Ergebnisse aus diesem intensiven Erfahrungsaustausch fließen direkt in die Überarbeitung und Weiterentwicklung des Instrumentariums ein.
- Der eea deckt inhaltlich alle relevanten Energie- und Klimathemen ab, die Gegenstand einer nachhaltigen Kommunalpolitik sind.

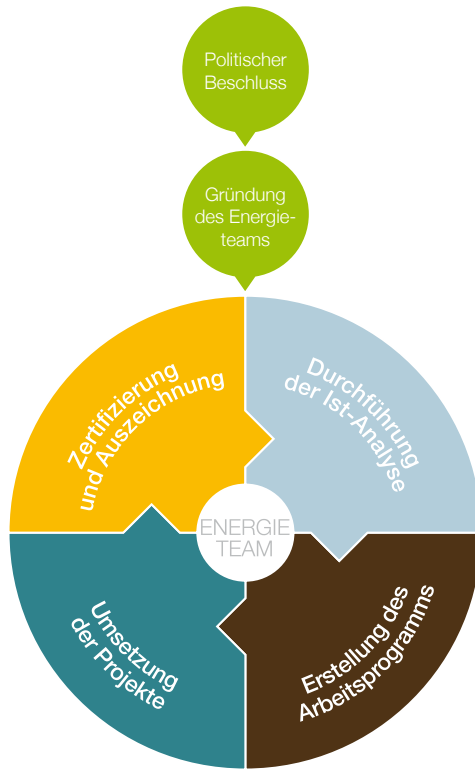
Der Prozess

Für den Ablauf des Prozesses orientiert sich der eea an einem Managementzyklus und wiederholt im regelmäßigen Rhythmus die Schritte



um die Energie- und Klimaschutzaktivitäten fest in der kommunalen Arbeit zu verankern.

Er reaktiviert und integriert bereits vorhandene Aktivitäten und initiiert neue Maßnahmen sowie einen ständigen Entwicklungsprozess in der Kommune. Hierzu steht ein europaweit standardisiertes Instrumentarium zur Verfügung, welches allerdings erlaubt, die individuellen Besonderheiten, d. h. die Grenzen, aber auch die Möglichkeiten von Kommunen zu berücksichtigen. Dieses Verfahren erlaubt den europaweiten Vergleich zwischen Kommunen, aber auch den Vergleich

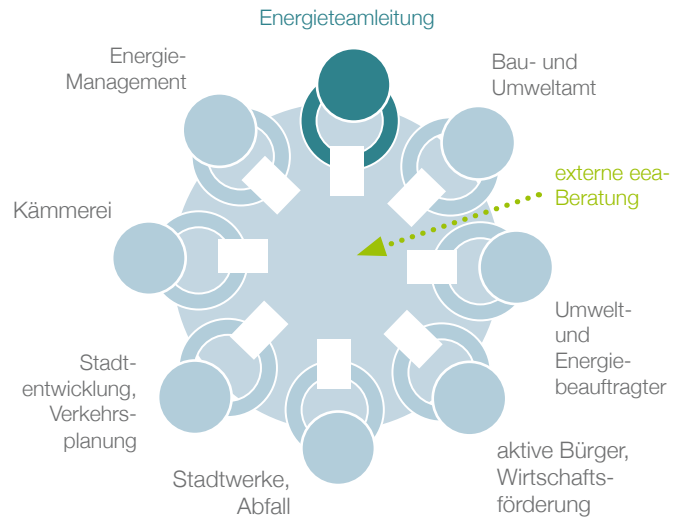


Managementzyklus

zwischen kleinen und großen Kommunen, bei dem keine benachteiligt wird.

Die Kommune tritt dem eea bei, indem sie eine Vereinbarung mit einem Landesträger, einer Landesgeschäftsstelle (z. B. einer Landesenergieagentur wie in NRW, Sachsen oder Baden-Württemberg) oder mit der Bundesgeschäftsstelle unterzeichnet und sich verpflichtet, mindestens vier Jahre den Prozess zu durchlaufen. Sie wird begleitet durch eine/n der akkreditierten eea-Beratenden (die Listen der zugelassenen Beratenden liegen bei den Geschäftsstellen vor).

Nach einem Ratsbeschluss durch die Gemeinde zum eea-Beitritt steht als erster Arbeitsschritt die Bildung eines Energieteams

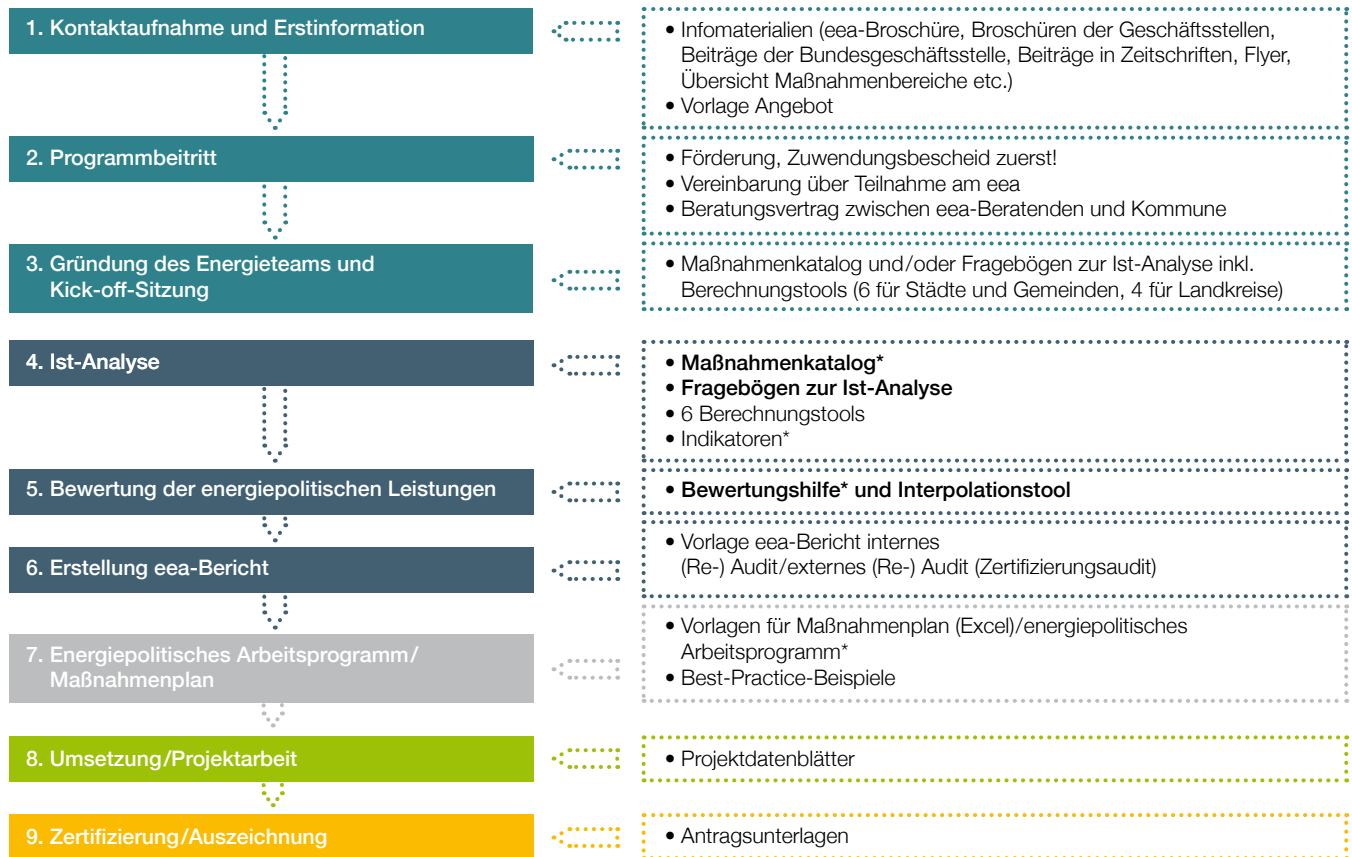


Die Beteiligten am eea-Energieteam

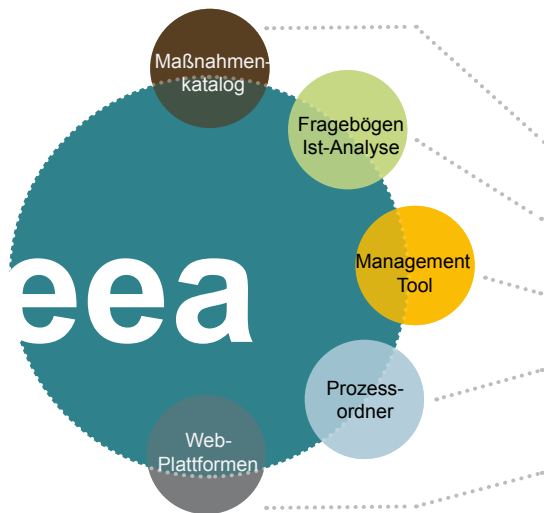
an. Hierzu gehören die wichtigen Akteure aus der Verwaltung und den städtischen Betrieben, aber auch andere kompetente lokale Experten/innen. Die Besetzung ist der Gemeinde überlassen. Sie benennt einen verantwortlichen Energieteamleiter.

Der Prozess wird durch eine Vielzahl standardisierter Instrumente unterstützt, die durch die Gemeinde und/oder die eea-Beratenden genutzt werden können und sollen. Die Übersicht zeigt den Ablauf der einzelnen Prozessschritte und die dazugehörigen Tools, die zur Bearbeitung der Aufgaben vorliegen. Eine Fülle von Vorlagen erleichtert die praktische Arbeit und reduziert die formalen Erfordernisse an den Prozess, sodass sich die Beteiligten im Wesentlichen auf die inhaltlichen Aspekte konzentrieren können.

Der eea-Prozess und seine Instrumente



* integriert in Management Tool



Instrumente des eea

Zur Realisierung des eea-Prozesses gibt es eine Reihe von Instrumenten, welche die erfolgreiche Umsetzung sichern.

6 Maßnahmenbereiche

mit max. 79/57 Einzelmaßnahmen, in denen die Kommune/der Landkreis aktiv werden kann

Dokumentationshilfe

zur detaillierten Bestandsaufnahme der bisherigen Klimaschutzaktivitäten

Management Tool

www.tool.european-energy-award.org

Dokumente und Unterlagen

zur Unterstützung der Kommune:
Arbeitsunterlagen, Formulare, Vertragsunterlagen, Infomaterial

eea-Website | Klima-log Best Practice

www.european-energy-award.de | www.klima-log.de

Die wichtigsten Instrumente

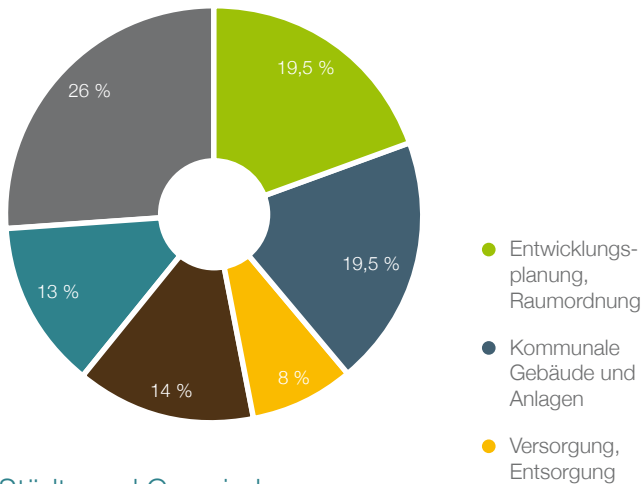
Die Abbildung zeigt die wichtigsten Instrumente zur Bewältigung der eea-Anforderungen im Überblick. Zentrales Element ist das internetbasierte Management Tool mit dem Maßnahmenkatalog. Dieser Katalog umfasst für Kommunen 79 Einzelmaßnahmen (mit Untermaßnahmen) und für Landkreise 57 Einzelmaßnahmen. Diese werden in sechs Maßnahmenbereiche unterteilt.

Für jede Maßnahme ist einheitlich eine bestimmte Punktzahl hinterlegt (i. d. Regel zwischen 2 und 10 Punkten), d. h. eine besonders wichtige Maßnahme zählt 10 Punkte, wenn die Gemeinde alle dieser Maßnahme zugrunde liegenden Anforderungen voll erfüllt. Ansonsten gibt es einen Punktabzug.

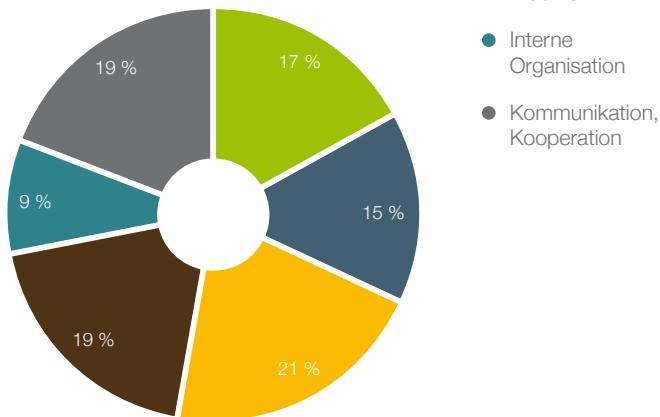
Kommunen können bei einer 100%igen Erfüllung aller Anforderungen bei allen Maßnahmen maximal 500 Punkte erreichen, Landkreise 360 Punkte. Dieser Maßnahmenkatalog ist europaweit einheitlich standardisiert, d. h. er gilt in gleicher Weise für eine kleine Kommune in Italien wie für eine Großstadt in Nordrhein-Westfalen.

Nun wird der interessierte Leser sogleich bemerken, dass die Rahmenbedingungen solch unterschiedlicher Kommunen in keinsten Weise vergleichbar sind und ein so vereinheitlichtes System einem Vergleich zwischen Äpfeln und Birnen gleichkäme. Das stimmt! Daher wurden in allen Ländern spezifische Bewertungshilfen entwickelt, welche die speziellen

Landkreise



Städte und Gemeinden



Rahmenbedingungen (angefangen beim Energiemix bis hin zu rechtlichen Rahmenbedingungen der kommunalen Planung) berücksichtigen und damit die Vergleichbarkeit zwischen den Ländern ermöglichen.

Aber auch die Kommunen in Deutschland weisen untereinander stark unterschiedliche Rahmenbedingungen auf. Kleine Kommunen verfügen oft nicht über eigene Stadtwerke oder ein Nahverkehrsunternehmen, ebenso nicht über eine komplexe Ämterstruktur. In großen städtischen Gebieten mangelt es wiederum an Nutzungsmöglichkeiten regenerativer Energien, z. B. an Standorten für Windkraftanlagen. All diese Unterschiede müssen in einem Qualitätsmanagement-Prozess berücksichtigt werden, welcher zu einem Benchmark und schließlich zu einer Auszeichnung der kommunalen Anstrengungen führen soll.

Hier kommt dem eea wiederum sein Punktesystem zugute. Der eea erlaubt es nämlich, eine Maßnahme „herunterzupunkten“, wenn eine Kommune die Voraussetzungen für die Erfüllung dieser Maßnahme nicht mitbringt. Ist z. B. im Maßnahmenbereich Versorgung/Entsorgung ein eigenes Stadtwerkeunternehmen für die Umsetzung einer Maßnahme erforderlich und die Kommune verfügt über kein solches Unternehmen, wird die „erreichbare“ Punktzahl hierfür auf null gesetzt. Bei anderen Maßnahmen kann die erreichbare Punktzahl auf 60 % der maximal möglichen Punktzahl reduziert werden, wenn die Kommune nur eingeschränkt in der Lage ist, die notwendigen Anforderungen zu erfüllen. So gibt es keine Kommune, die die maximale Punktzahl von 500 Punkten erreichen kann, oft bewegt sich die erreichbare Punktzahl zwischen 350 und 450 Punkten. (Siehe Abbildung „Individualisierung und Standardisierung“)

Management Tool

Internetbasiert

Navigation einblenden

Kommune

Maßnahmenkatalog

Allgemeine Daten

Indikatoren

Arbeitsprogramm

Daten

Zyklus

Internes (Re-Juni 2015 (aktuell))

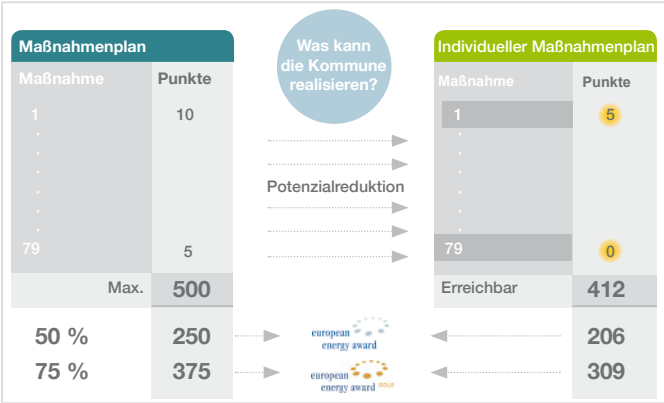
Zyklus verglichen

PDF Download

Darstellungsoptionen

Nr.	Faz.	Titel	Zielerreichungsgrad			
			Max.	Moq.	ER	Gepl.
1	▼	Entwicklungsplanung, Raumordnung	84	76	90%	7%
1.1		Konzepte, Strategie	32	28	75%	10%
1.1.1	☆	Klimastrategie auf Stadt- / Gemeindeebene, Energieperspektiven	6	6	70%	10%
Stand realisierte Maßnahmen						
- 2013: 3 konzeptionelle Unterlagen erhalten das Leitbild: Klimaschutzkonzept, Gesamtverkehrskonzept und RISEK 2012 (nähere Erläuterungen siehe unten)						
- 2012: RISEK am 27.09.2012 beschlossen mit Leitlinien zu Energieeffizienz, Klimaschutz und dem Einsatz erneuerbarer Energien, v. a. im Fachkonzept Umwelt und im Gesamtkonzept. Beschluss erhält Auftrag zur Fortschreibung und zur jährlichen Berichterstattung im Stadtrat. RISEK in 3 Broschüren als Kurzfassung und komplett im Internet veröffentlicht						
- seit 2002: Klimaschutzkonzept mit quantifizierten Zielen (CO2-Minderung, Basis 1998) beschlossen, Umsetzung des Klimaschutzkonzepts durch Teilnahme an eea (jährliche Maßnahmenpläne), Beschluss zur Teilnahme 2003;						
2	>	Kommunale Gebäude, Anlagen	76	73	52%	2%
3	>	Versorgung, Entsorgung	104	61	56%	0%
4	>	Mobilität	96	91	82%	6%
5	>	Interne Organisation	44	44	72%	1%
6	>	Kommunikation, Kooperation	96	96	49%	0%
			500	441	63%	3%

Individualisierung und Standardisierung



Das Bild zeigt einen Ausschnitt aus dem Management Tool. Hier kann man ablesen, dass z. B. im Maßnahmenbereich 1 Entwicklungsplanung und Raumordnung maximal 84 Punkte erreichbar sind, die Kommune aufgrund ihrer individuellen Rahmenbedingungen jedoch nur 76 erreichen könnte und von dieser erreichbaren Punktzahl 66 % bereits erreicht hat. Für die Zukunft sind Maßnahmen geplant, die eine Steigerung um 7 %, d. h. auf 73 % ermöglichen würden.

Diese Möglichkeit der Individualisierung ist einzigartig und zeichnet den eea-Prozess aus. Hiermit ist es möglich, sowohl ein Verfahren nach einheitlichem europäischen Standard zu haben und trotzdem alle gemeindespezifischen Besonderheiten zu berücksichtigen.

„Kommunen, die in bestimmten Bereichen wenige Handlungsmöglichkeiten haben, profitieren von der Flexibilität des eea. Die Messlatte kann gesenkt werden, wenn bestimmte Bereiche von der Kommune nicht beeinflusst werden können oder kein Potenzial vorhanden ist. Somit eignet sich das Verfahren sowohl für kleine Gemeinden als auch für große Städte und Landkreise.“

C. Mouchard und Leonie Kapitel, KEA

Maßnahmenbereich 2: Kommunale Gebäude, Anlagen

2.1.2 Bestandsaufnahme, Analyse

ist bei einer Auflistung der städt. / gemeindeeigenen **Nichtwohngebäude** und ihrer Haustechnik erfolgt? ☐ ja ☐ teilweise ☐ nein
Wenn ja, bitte kurz beschreiben wie (z.B. Liste der Bestandsbauten liegt vor, Gebäudedatenbank inkl. Begleitung ist vorhanden?)

Aus welchem Jahr ist der aktuelle Stand?

Was wird erfasst und wieviel % aller städt. / gemeindeeigenen Gebäude und ihrer Haustechnik (Anlagen wie z.B.: Heizungsanlagen, Wärmeversorgungsanlagen, Warmwasserversorgungsanlagen, Kälteanlagen) werden erfasst? Ausnahme: Gebäude, die in Summe nicht mehr als 5 % zum Gesamtbedarf beitragen, müssen hier nicht erfasst werden.
Energiebezugsfläche (EBF) - beheizt: gekühlte GGF (GGF bei Schwimmbecken: beheizte Beckenfläche, bei Kälteanlagen: Planbeflä.) ☐ ja ☐ nein

Gebäudesubstanz (Wände, Dach, Fassade etc.) und Haustechnik ☐ ja ☐ nein

Energiekennzahl Wärme (mit Witterungsberichtigung) ☐ ja ☐ nein

Energiebedingte CO₂-Emissionen ☐ ja ☐ nein

Energiekennzahl Strom ☐ ja ☐ nein

Spezifischer Wasserverbrauch ☐ ja ☐ nein

Wie hoch ist schätzungsweise der relative Anteil (in %) des in der Gebäudedatenbank erfassten Jahresbedarfs am Gesamtbedarf kommunaler Liegenschaften (Strom / Wärme / Wasser)? Strom Wärme Wasser

Werden Einsparpotenziale (Strom / Wärme / Wasser) abgeschätzt? ☐ ja ☐ nein
Wenn ja, bitte kurz beschreiben wie (z.B. kWh/a, grobe Kostenberechnung, Vergleich der Konzeption mit vergleichbaren Objekten anderer Städte / Gemeinden?)

Werden Handlungsschwerpunkte für die städt. / gemeindeeigenen Gebäude ermittelt? ☐ ja ☐ nein
Wenn ja, bitte kurz beschreiben

Fließen die aus der Bestandsaufnahme gewonnenen Angaben in eine Sanierungsplanung ein? ☐ ja ☐ nein

Werden jeweils kurzfristige Maßnahmen für alle städt. - und gemeindeeigene Gebäude ausgewiesen? ☐ ja ☐ nein

eea Fragebogen zur Ist-Analyse für Städte / Gemeinden: V4.0 (ab 2016) ©
Alle Rechte vorbehalten. © Bundesgeschäftstelle European Energy Award

Seite 4 von 19

Ausschnitt Fragebögen

Ergänzend zum eigentlichen Management Tool werden den Beratenden und Kommunen zahlreiche Hilfsmittel zur leichteren Erfassung der Daten oder für besondere Auswertungen bereitgestellt, wie z. B. umfangreiche Fragebögen für die Ist-Analyse, welche die Bewertung der erreichten Ergebnisse für jede Maßnahme erleichtert.

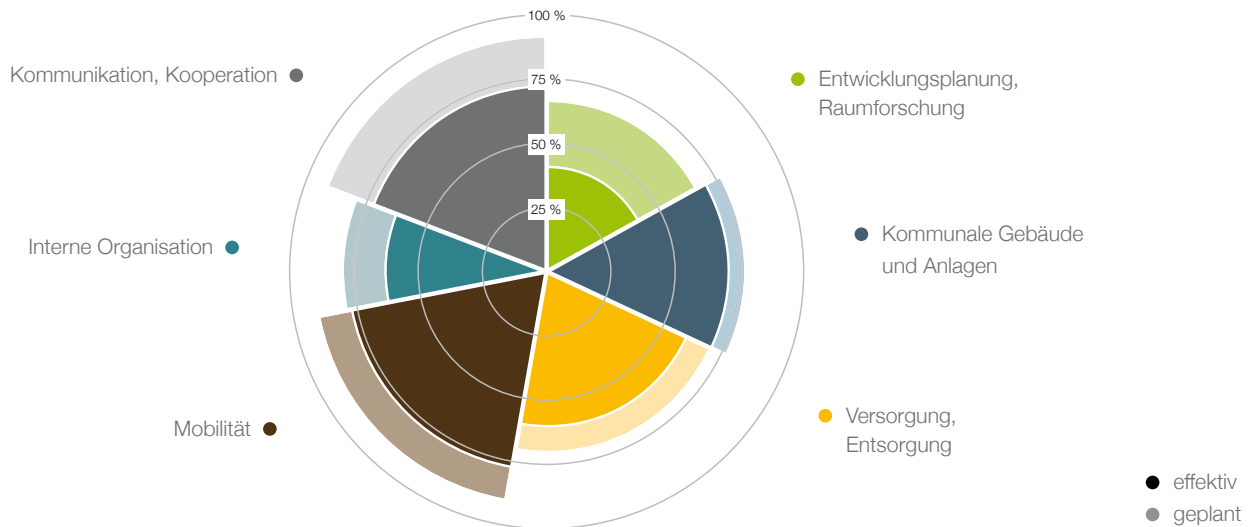
Ebenso ist ein Instrument zur Entwicklung der Indikatoren über die Zeit von Audit zu Audit vorhanden, so dass die Kommune schnell die erreichten Ergebnisse auch grafisch darstellen kann, ein Angebot, welches für die Präsentation von Ergebnissen gegenüber der Politik oft sehr wichtig werden kann. Zur genauen Einschätzung, wie die Kommune in bestimmten Bereichen aufgestellt ist, stehen zusätzliche Berechnungstools zur Verfügung. Diese unterstützen zum Beispiel bei der Ermittlung von spezifischen Energie- und CO₂-Kennzahlen der Gebäude sowie der quantifizierbaren Verbrauchswerte der Straßenbeleuchtung und Abwasserbehandlung einer Kommune.

Die verschiedenen Instrumente stehen sowohl den Kommunen als auch den eea-Beratenden zur Verfügung. Die Bewertungshilfen sind in Deutschland nur den Beratenden bekannt. Dies erfolgt aus dem einfachen didaktischen Grund, dass eine objektive Selbstbewertung kaum möglich ist, wenn man bereits vorher weiß, nach welchen Kriterien benotet wird. Zur Durchführung des Prozesses erhält die Kommune einen sogenannten Prozessordner, der alle notwendigen Informa-

Instrument Indikatoren(-liste) im Management Tool



Ist-Analyse – Stärken-Schwächen-Profil



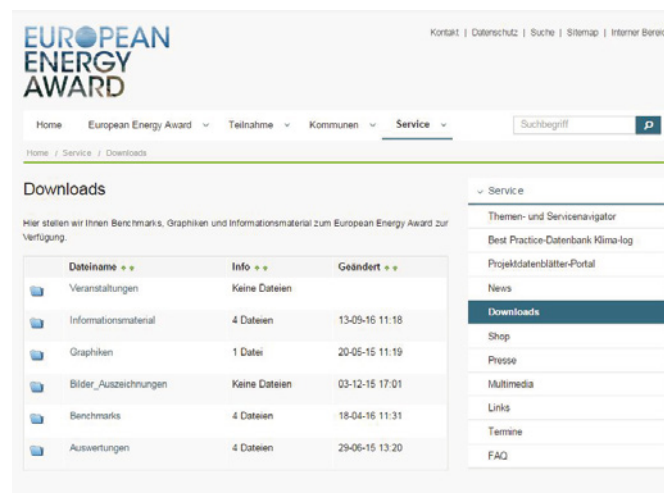
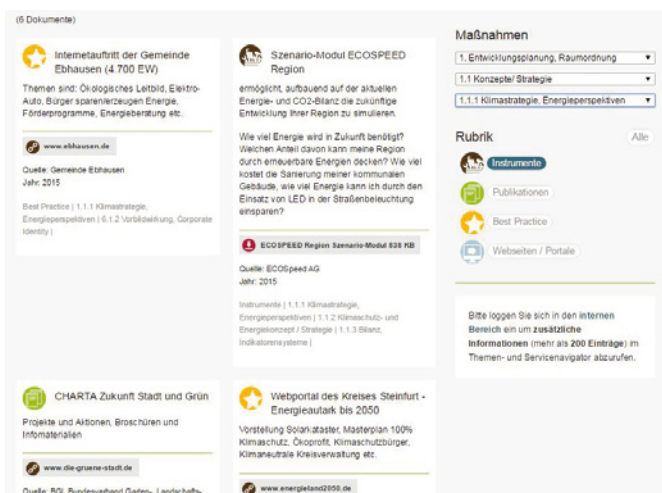
tionen und Hilfsmittel wie Vorlagen, Formulare und das Prozesshandbuch enthält. Das Prozesshandbuch beschreibt Schritt für Schritt das eea-Verfahren und bildet mit nützlichen Tipps und Hinweisen zum eea die Grundlage für die Arbeit des Energieteams. Der/Die eea-Beratende verfügt selbstverständlich nach der Akkreditierung über einen vergleichbaren Ordner mit zusätzlichen Hilfsmitteln und der Bewertungshilfe.

Der Maßnahmenkatalog bzw. das Management Tool sind die zentralen Instrumente zur Durchführung der Ist-Analyse, dem ersten Prozessschritt. Ergebnis ist ein Stärken-Schwächen-Profil der Kommune, welches aussagt, was die Kommune in den verschiedenen Maßnahmenbereichen bereits erreicht hat. Zur detaillierten Bestandaufnahme der bisherigen

Klimaschutzaktivitäten wird eine Dokumentationshilfe bereitgestellt.

Aufbauend auf dem Stärken-Schwächen-Profil entwickelt die Kommune mit Unterstützung des/der Beratenden ein „Energiepolitisches Arbeitsprogramm“ für die nächsten Jahre. Dieser verbindliche Maßnahmenplan folgt der gleichen Gliederung wie der Maßnahmenkatalog und beschreibt, in welchen Bereichen sich die Kommune durch zusätzliche Maßnahmen verbessern will. Das Arbeitsprogramm umfasst die Beschreibung der einzelnen Maßnahmen (Was soll umgesetzt werden und in welchem Umfang?), einen Zeitplan (Wann sollen die Maßnahmen realisiert werden?), wer bzw. welcher Akteur ist für die Umsetzung der Maßnahme verantwortlich (z. B. welches

Screenshots der eea-Website



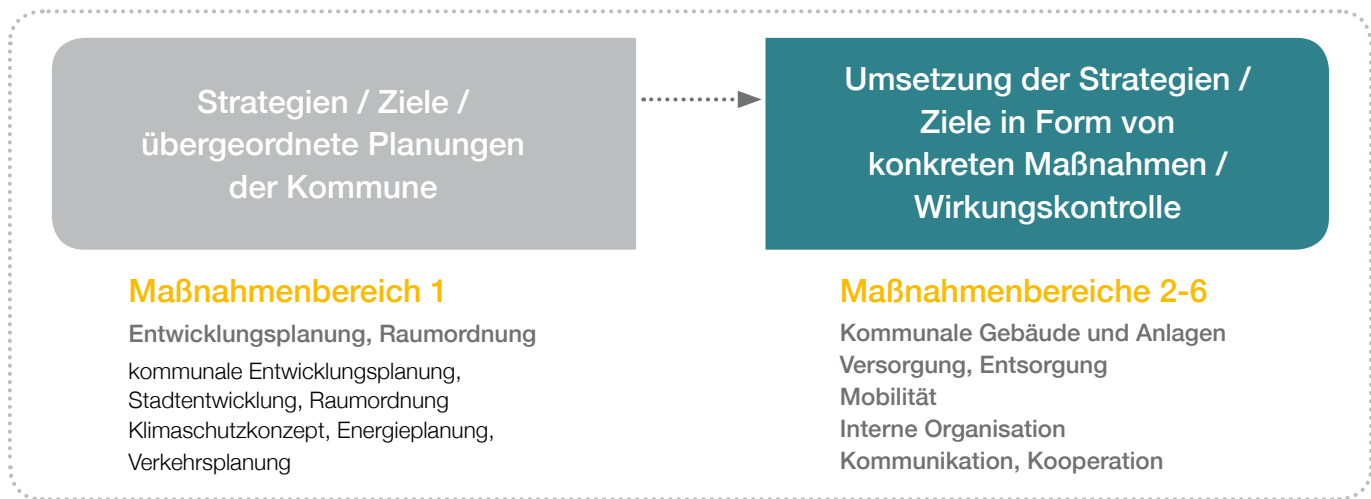
Amt, welche Abteilung der Stadtwerke, welche Wohnungsbaugesellschaft?) und weche Kosten bzw. Budgets werden für die Umsetzung der Maßnahme veranschlagt (z. B. Haushaltsmittel, Mittel von Investoren, Fördermittel etc.). Das Arbeitsprogramm prognostiziert die erreichbaren Effekte und ermittelt die nach Umsetzung erreichbare Punktzahl (d. h. den Verbesserungsgrad) für die Kommune.

Welche Maßnahmen aufgrund der Ausgangslage einer Kommune sich am besten für eine Umsetzung anbieten würden, können die Kommunen durch die vielfältigen Möglichkeiten beim Erfahrungsaustausch eruieren. Die eea-Beratenden, welche i. d. Regel eine Vielzahl von Kommunen betreuen, können

hier erste Ratschläge geben. Auf der eea-Website finden die Kommunen über die Best-Practice-Datenbanken „Klima-log“ und „KommEN“ eine Mehrzahl von erfolgreichen Maßnahmen aus anderen vergleichbaren Kommunen. Ferner bieten die jährlich stattfindenden Erfahrungsaustauschtreffen zwischen den Kommunen die Möglichkeit des persönlichen Gesprächs untereinander.

Das eea-Netzwerk besteht aus zahlreichen Akteuren aus Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Wissenschaft und Kommunen, die Erfahrungen mit kommunalem Engagement und Klimaschutz einbringen. Der European Energy Award erschließt dieses Know-how im Themen- und Service-Navigator und

Aufbau der Maßnahmenstruktur



stellt dort hilfreiche Informationen zu diversen Themenbereichen bereit. Dort finden sich aktuelle Best-Practice-Beispiele, Publikationen sowie nützliche Tools und Links. Die Funktion und Bedeutung des Netzwerks wird später noch einmal näher beschrieben.

Die Maßnahmenstruktur

Der Maßnahmenkatalog baut auf sechs Maßnahmenbereichen auf, die die Kommunen durch ihr Handeln aktiv beeinflussen können. Während sich der Maßnahmenbereich 1 zum Thema „Entwicklungsplanung, Raumordnung“ im Wesentlichen mit kommunalen Strategien und Zielen und Leitbildern

der Kommune befasst, konzentrieren sich die Bereiche 2 bis 6 auf die konkrete Umsetzung dieser Strategien, konkrete Maßnahmen, die somit auch eine Wirkungskontrolle ermöglichen.

Die Maßnahmenbereiche sind bei Städten und Gemeinden etwas anders strukturiert als bei Landkreisen aufgrund der unterschiedlichen Handlungsmöglichkeiten und Zuständigkeiten. Wir beschränken uns an dieser Stelle auf die sechs Maßnahmenbereiche der Kommunen (siehe Grafik auf Seite 28). Die Übersicht zeigt die prozentualen Anteile der erreichbaren Punkte in den jeweiligen Bereichen, d. h. letztendlich deren Bedeutung für den kommunalen Klimaschutz.

Übersicht über die einzelnen Maßnahmenbereiche



Städte und Gemeinden

Maßnahmenbereich 1: Entwicklungsplanung, Raumordnung

Der Bereich Entwicklungsplanung und Raumordnung umfasst alle Maßnahmen, die eine Kommune in ihrem ureigenen Zuständigkeitsbereich, der kommunalen Entwicklungsplanung, ergreifen kann, um die entscheidenden Weichen für eine bessere Energieeffizienz zu stellen und damit den Klimaschutz zu forcieren.

Die Maßnahmen reichen von einem energie- und klimapolitischen Leitbild mit Absenkpfad über eine Festlegung im Bereich der Bauleitplanung, von städtebaulichen Wettbewerben, verbindlichen Instrumenten beim Grundstücks(ver-)kauf, der Baubewilligung bis hin zur Energieberatung von Bauinteressenten.

Maßnahmenbereich 2: Kommunale Gebäude und Anlagen

In diesem Bereich können die Kommunen direkte Einspareffekte für den kommunalen Haushalt durch die wirtschaftliche Reduzierung von Betriebskosten ihres eigenen Gebäudebestandes erzielen. Die Maßnahmen reichen von der Bestandsaufnahme über das Energiecontrolling und -ma-

nagement bis hin zu Hausmeisterschulungen und speziellen Maßnahmen im Bereich der Straßenbeleuchtung.

Maßnahmenbereich 3: Versorgung, Entsorgung

Der gesamte Bereich Ver- und Entsorgung wird in enger Kooperation mit kommunalen Energie-, Abfall- und Wasserbetrieben oder auch mit überregionalen Energieversorgern entwickelt. Partnerschaften im Sinne von Public-Privat-Partnership zur Organisation und Finanzierung der Maßnahmen entstehen gerade in diesen Bereichen.

Die Maßnahmen reichen von der Optimierung der Energielieferverträge, der Verwendung von Ökostrom, der Tarifstruktur, Nah- und Fernwärmeversorgung, der Nutzung erneuerbarer Energien, der Nutzung von Abwärme aus Abfall und Abwasser bis hin zur Regenwasserbewirtschaftung.

Maßnahmenbereich 4: Mobilität

In diesem Bereich werden kommunale Rahmenbedingungen und Angebote vorgestellt, welche Bürger/innen ermutigen, verstärkt auf energie-



sparende und schadstoffarme oder -freie Verkehrsträger umzusteigen. Es geht also um Maßnahmen, die zur verstärkten Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel, des Fahrrads und von Fußwegen führen.

Die Maßnahmen reichen von Informationskampagnen und -veranstaltungen, der Verbesserung der Fuß- und Radwegenetze und des ÖPNV-Angebotes sowie der Planung von Schnittstellen zwischen den verschiedenen Verkehrsträgern bis hin zur Parkraumbewirtschaftung, Temporeduzierung und Gestaltung des öffentlichen Raumes.

Maßnahmenbereich 5: Interne Organisation

Die Kommune kann im Bereich ihrer internen Organisation und Abläufe dafür sorgen, dass das Energiethema gemäß dem energie- und klimapolitischen Leitbild von allen Akteuren gemeinsam verantwortet und vorangebracht wird. Hierzu gehört die Bereitstellung personeller Ressourcen, die Umsetzung eines Aktivitätenprogramms, Weiterbildungsmaßnahmen, das Beschaffungswesen aber auch die Entwicklung und Anwendung innovativer Finanzierungsinstrumente zur Umsetzung von Maßnahmen.

Maßnahmenbereich 6: Kommunikation, Kooperation

Dieser Maßnahmenbereich fasst im Wesentlichen Aktivitäten zusammen, die auf das Verbraucherverhalten Dritter abzielen, z. B. von privaten Haushalten, Universitäten, Forschungseinrichtungen, Schulen, Gewerbetreibenden, Wohnungsbaugesellschaften u.a.

Hierzu gehören Informationsaktivitäten angefangen bei Pressearbeit, Broschüren, Veranstaltungen bis hin zur Etablierung von Energietischen mit energie- und klimapolitisch relevanten und interessierten Akteuren. Dazu zählen auch Projekte in Schulen, die Einrichtung von Informations- und Beratungsstellen, die Durchführung von Wettbewerben und das Auflegen kommunaler Förderprogramme. Auch zählen zu diesem Bereich alle Aktivitäten, die die Kommunen über ihre Stadt- und Gemeindegrenze hinweg im Sinne eines interkommunalen Erfahrungsaustausches in gemeinsamen Projekten mit anderen Kommunen umsetzen.

Mehrwert: Anerkennung



europa
energy award **GOLD**

Gold-Zertifizierung

Auszeichnung für herausragendes Engagement mit Vorbildfunktion auf nationaler und internationaler Ebene

europa
energy award

Zertifizierung

Auszeichnung für die erfolgreiche Umsetzung von Maßnahmen

Teilnahme

Erste Schritte

Wo stehen wir? Was müssen wir tun?

Bewertung, Benchmarking und Auszeichnung

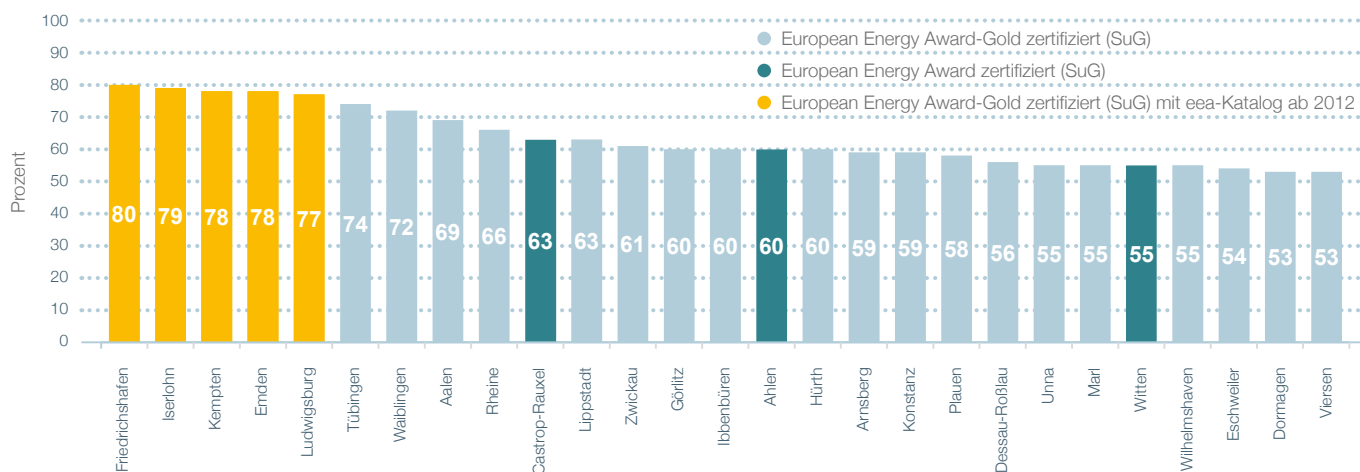
Erreicht eine Kommune 50 % der für sie erreichbaren Punkte, wird sie mit dem eea ausgezeichnet, erreicht sie 75 %, erhält sie den eea in Gold. Hierzu ist vorab ein Audit durch eine/n externe/n unabhängige/n Auditor/in erforderlich, welche/r die Arbeit der Kommune und des/der begleitenden Beratenden überprüft. Die Überprüfung erfolgt bei der „normalen“ eea-Stufe unter 75 % durch nationale Auditoren/innen, beim Gold-Audit wird ein/e zweite/r Co-Auditor/in aus einem anderen eea-Land hinzugezogen, um die einheitliche Bewertung in den verschiedenen Ländern zu gewährleisten. Die Gold-Zertifizierung wird durch das Europäische Forum offiziell bestätigt und die Auszeichnung erfolgt in der Regel in einer jährlichen stattfindenden Veranstaltung im Rahmen der Vollversammlung des Vereins.

Von den am eea teilnehmenden Kommunen sind in Deutschland etwa die Hälfte mit dem eea ausgezeichnet und etwa 15 %

mit dem eea in Gold. Daran sieht man, dass der eea kein „Selbstläufer“ ist und dass selbst engagierte Kommunen relativ große Anstrengungen unternehmen müssen, um den Anforderungen einer Zertifizierung zu genügen. Die besten Kommunen wie z. B. Münster oder Ostbevern erreichen inzwischen allerdings schon die 90 %-Marke, auch Landkreise wie z. B. Ravensburg oder der Enzkreis haben die 80%-Marke bereits überschritten.

Als Zeichen ihrer Auszeichnung erhalten die Kommunen eine Urkunde (in der Regel vom zuständigen Landesminister unterzeichnet), eine Trophäe sowie ein Ortsschild, welches sie als „Europäische Energie- und Klimaschutzkommune“ herausstellt. Während für die kommunale Verwaltung der Prozess, den die Kommune mit der Teilnahme am eea durchläuft, besonders wichtig ist, sind die jährlichen Auszeichnungsveranstaltungen auf Landesebene für die politischen Vertreter der Kommunen und Landkreise von besonderer Bedeutung. Die

European Energy Award – Benchmark Städte und Gemeinden 50.000–100.000 Einwohner (Stand: 4.10.2016)



Länder Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Baden-Württemberg veranstalten daher auch einmal im Jahr eine große repräsentative Auszeichnungsveranstaltung (oft auch an besonderen Orten wie z. B. im Krönungssaal des Aachener Rathauses oder im Kloster Maulbronn), auf denen der zuständige Umweltminister oder die Ministerin den Bürgermeistern/innen und Landräten, die oft mit ihren kompletten Energieteam anreisen, die Auszeichnung überreicht. Aber auch im kleineren Rahmen wird der Auszeichnung einer Kommune (auch ohne Förderung des Landes) große Bedeutung beigemessen. Hierbei werden die Kommunen oft durch die Bundesgeschäftsstelle unterstützt. Immer ist die örtliche Presse auf diesen Veranstaltungen anwesend und es wird intensiv

über den eea in den ausgezeichneten Kommunen berichtet. Hier bewahrheitet sich das schon früh von vielen Beteiligten erkannte Win-Win-Win-Prinzip des eea: Der Landespolitik erlaubt es ihre positiven Aktivitäten für den Klimaschutz ihrer Kommunen herauszustellen, den politischen Vertretern aus den Kommunen erlaubt es diese Erfolge für das Standortmarketing in ihren Kommunen zu nutzen, und den Verwaltungen ermöglicht es Leistungen und ihre gute Arbeit öffentlich zu präsentieren. Zudem wird ein innovatives Betätigungsfeld für Energieagenturen und Beratungsbüros eröffnet, wobei wir schon bei den Prozessbeteiligten angekommen wären.



Auszeichnungsveranstaltung 2015 in Baden-Württemberg

Die Beteiligten

Bereits eingangs wurde auf die Vielzahl von Akteuren, Experten/innen und Laien hingewiesen, die sich mit dem eea in Deutschland und Europa beschäftigen.

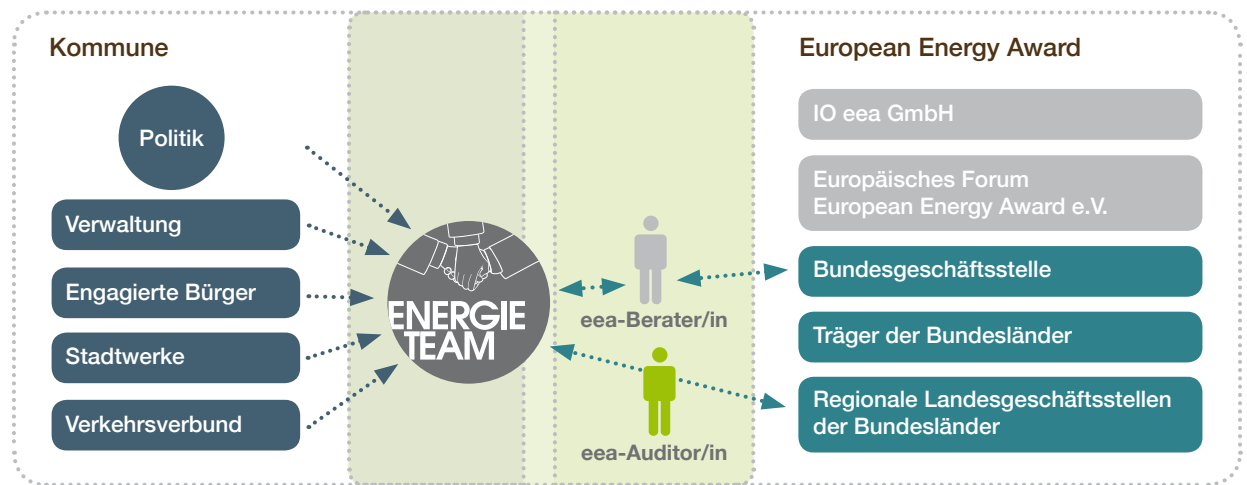
Auf der kommunalen Ebene kommt dem Energieteam eine besondere Bedeutung zu. Das Team ist für die Durchführung des eea verantwortlich, steuert den Prozess in der Kommune, sammelt erforderliche Daten aus verschiedenen Bereichen der Verwaltung oder von Dritten wie z. B. den Stadtwerken, beteiligt andere wichtige Akteure in der Kommune, betreibt die Öffentlichkeitsarbeit in der Kommune und nach draußen zur Förderung des Standortmarketings.

Der eea wird durch die politisch Verantwortlichen in der Kommune getragen. Der Beschluss zur Beteiligung am eea-Prozess erfolgt durch den Gemeinderat. Der (Ober)-Bürgermeis-

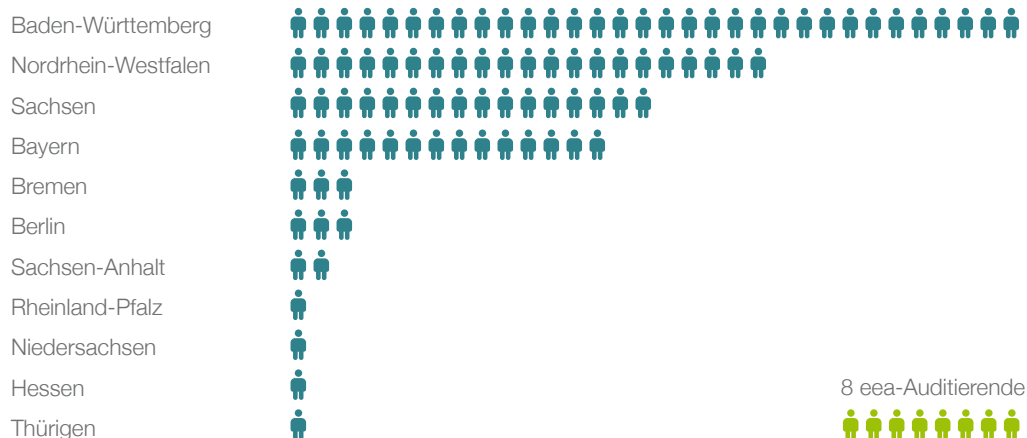
ter oder die Bürgermeisterin und die Verwaltungsspitze sind laufend in den eea-Prozess eingebunden. Die Auszeichnung der Kommune oder des Landkreises erfolgt in der Regel durch die zuständige Umweltministerin bzw. den Minister an den/die Bürgermeister/in bzw. die Landrätin oder den Landrat. Genau wie in Unternehmen Umweltschutz Chefsache ist, so gilt das auch für die Kommune. Ohne Rückhalt und Engagement durch die Politik hängt der eea in der Luft und kann z. B. die im Aktivitätenprogramm geforderte Verbindlichkeit hinsichtlich der Umsetzung von Maßnahmen nicht gewährleisten.

Auf die örtliche Begleitung des Energieteams durch eine/n akkreditierte/n eea-Beratende/n wurde bereits hingewiesen. Diese eea-Beratenden sind erfahrene Fachleute im Bereich der Energieversorgung und -verwendung, aber auch im Bereich Kommunalberatung und Prozessmoderation. Sie werden nach einer 3-tägigen Schulung durch die Bundesgeschäftsstelle akkreditiert. Die Kommunen können aus einer Liste von fast 100

Organisationsstruktur



91 eea-Beratende



Beratenden den für sie geeigneten auswählen. In der Regel spielt hier die räumliche Nähe des/der Beratenden zur Gemeinde eine gewisse Rolle.

Der/Die Beratende begleitet die Kommune durch den eea-Prozess. Er/Sie informiert aber auch über erfolgreiche Maßnahmen in vergleichbaren Kommunen und über besonders erfolgversprechende Strategien, welche der Kommune nach Umsetzung eine deutliche Steigerung ihres Punktestandes ermöglichen. Der/Die Beratende unterstützt die Kommune bei der Erstellung der für das Audit erforderlichen Unterlagen.

Das Audit wird durch eine/n externe/n eea-Auditor/in durchgeführt, welche/r unabhängig von der Kommune und von dem/der eea-Beratenden die Ergebnisse überprüft und letztendlich die erreichte Punktzahl in Rücksprache mit Kommune und den Beratenden festsetzt. In Deutschland gibt es etwa zehn Auditoren/innen. Dabei handelt es sich in der Regel um besonders erfahrene eea-Beratende, um Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle oder – wie zum Beispiel in NRW – um Mitarbeiter des TÜV Rheinland. Wenn eine Kommune den Goldstatus anstrebt, wird zusätzlich zum/r nationalen Auditor/in ein internationale/r Co-Auditor/in aus einem anderen eea-Land hinzugezogen, damit die Beurteilung europaweit einheitlich erfolgt. Die Ergebnisse des Gold-Audits werden dem Vorstand des Forum European Energy Award vorgelegt und von diesem genehmigt. Dann kann die Goldzertifizierung erfolgen.

In Deutschland wird der eea durch die Bundesgeschäftsstelle (mit Sitz in Berlin) betreut. Sie koordiniert den eea nach innen und nach außen. Das bedeutet, dass sie sowohl für die Qualitätssicherung und Weiterentwicklung des Instrumentariums verantwortlich zeichnet, als auch die deutschen Interessen im Forum European Energy Award vertritt. Die Bundesgeschäfts-

stelle vergibt die Nutzungsrechte an die zuständigen Ministerien in den einzelnen Bundesländern, in der Regel sind dies die Umweltministerien. Die Organisation des eea in den Ländern erfolgt wiederum über die Landesgeschäftsstellen. Dies sind meistens die Landesenergieagenturen, die auch die Förderung der Kommunen, die von den meisten Bundesländern zur Verfügung gestellt wird, koordiniert. Es kann aber auch ein Verein regionaler Energieagenturen, wie in Bayern, die Aufgaben einer Landesgeschäftsstelle übernehmen. Die spezielle Organisationsstruktur richtet sich nach den Vorstellungen der einzelnen Bundesländer oder Regionen.

Die Arbeit der Bundesgeschäftsstelle erfolgt in enger Abstimmung mit den Landesministerien und den Landesgeschäftsstellen. Durch laufende Abstimmungsrunden ist es möglich, Wünsche und Probleme der einzelnen Akteure zu berücksichtigen und sich auf ein bundeseinheitliches Vorgehen zu verständigen. Es ist völlig logisch, dass ein Bundesland mit vorrangig kleinen ländlichen Kommunen im Programm ganz andere Vorstellungen von der Wirkung und Ausrichtung des eea hat als ein Bundesland, in dem in erster Linie Kommunen mit mehr als 100.000 Einwohnern am eea teilnehmen. Aber auch hier lässt der eea aufgrund seiner Flexibilität einheitliche Verfahren zu, die aber trotzdem die Bedürfnisse der verschiedenen Regionen aufgreifen.

Über das Forum European Energy Award e.V. wird die Qualitätssicherung des Instrumentariums auf internationaler Ebene betrieben, hier wird Lobbyarbeit für eine weitere Verbreitung des eea und die Vertretung gegenüber der Kommission in Brüssel organisiert. Das Management des Forums wird aktuell durch eine Geschäftsstelle, das International Office, geleistet.

Ein lernendes Netzwerk – stetiger Austausch



Die Organisationsstruktur auf internationaler Ebene ist derzeit (im Jahr 2016) im Umbruch, sodass erst im nächsten Jahr über die endgültige Form berichtet werden kann.

Das Netzwerk

Die vielen beteiligten Personen in den örtlichen Energieteams, die eea-Beratenden und Auditoren/innen als Experten/innen, die Landes- und Bundesgeschäftsstellen, die Ministerien als Träger des eea-Prozesses im jeweiligen Bundesland, die Landesenergieagenturen und die zahlreichen regionalen Energie-

agenturen, das Europäische Forum, die Akteure aus den anderen eea-Ländern, externe Multiplikatoren wie Verbände und last, but not least, die mehr als 320 Kommunalverwaltungen und die politischen Vertreter ihrer Kommunen, bilden das riesige Netzwerk „rund um den eea“, welches entscheidend zur Qualität und zur Durchschlagskraft des Instruments beiträgt.

Dieses Netzwerk wird u.a. durch die Vielzahl an kommunikativen Hilfsmitteln, die die Bundesgeschäftsstelle anbietet, laufend informiert und auf den neuesten Stand gebracht. Auch eine Hotline zum schnellen Austausch von Informationen, Wünschen und Problemen ist bei der Bundesgeschäftsstelle eingerichtet.

Die gute Zusammenarbeit der Bundes- und Landesgeschäftsstellen und die intensive Betreuung der Kommunen und Landkreise sichern die hohe Qualität und den Erfolg des eea.

Hinzukommen noch eine Vielzahl von Veranstaltungen und Vorträgen, in denen über den eea berichtet wird.

Zentrales Element des Netzwerks ist aber die Vielzahl von persönlichen Erfahrungsaustausch-Treffen. Hier gibt es bundesweite Treffen der Beratenden und Auditoren/innen (primär zur Diskussion des eea-Prozesses und zu Aktualisierungen und Weiterentwicklungen des Instruments). Auf Landesebene finden jährliche Treffen der Kommunen statt, oft von den Landesenergieagenturen eingebettet in Fachkongresse rund um den kommunalen Klimaschutz. Hinzukommen die jährlichen Auszeichnungsveranstaltungen ebenfalls auf Landesebene mit den Landesumweltministern, welche ebenfalls dem intensiven Erfahrungsaustausch der Kommunen und Landkreise untereinander dienen.

Die Landesträger und Landesgeschäftsstellen treffen sich mehrmals jährlich mit der Bundesgeschäftsstelle, um die Anforderungen der verschiedenen Regionen in dem bundeseinheitlichen Instrumentarium abbilden zu können. Hier werden auch die unterschiedlichen Interessen der einzelnen Bundesländer offen diskutiert und eine bundeseinheitliche deutsche Position gegenüber dem Forum European Energy Award definiert.

Die Arbeit „im Kleinen“ vor Ort in jeder einzelnen Kommune ist sehr wichtig und steht natürlich im Zentrum des eea-Instrumentariums. Der Austausch über die Grenze der einzelnen Kommune hinweg, das Schauen über den Zaun zur Nachbarkommune (wie haben die denn das Problem erfolgreich gelöst?), ist das zweite wesentliche Element des Nutzens eines Instrumentariums wie dem eea für Deutschland und Europa. Ohne die große „eea-Familie“ wäre der positive Effekt für das „Lokale Handeln“ nicht in dem Umfang erreichbar, wie er sich heute darstellt.

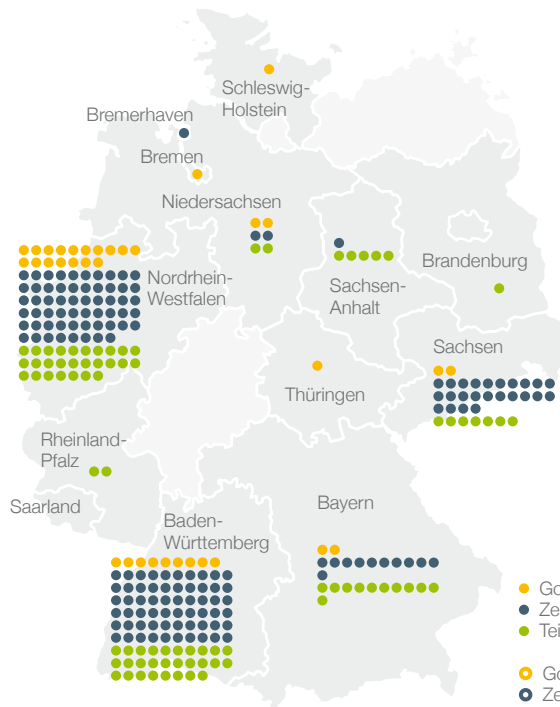
Was bringt der eea einer Stadt, einer Gemeinde oder einem Landkreis?

Primär- und Sekundäreffekte

Getreu dem Wahlspruch „So viele können sich nicht irren“, könnte man aufgrund der Vielzahl der teilnehmenden Länder in Europa, der Kommunen und Landkreise in Deutschland die Frage als beantwortet erklären. Aber so leicht wollen wir es uns nicht machen. Dass der eea direkte und indirekte Effekte

in der Kommune erzeugt, haben wir schon kurz angerissen. Jetzt wollen wir einige wichtige Effekte etwas näher beleuchten, insbesondere die Frage „Was kostet der eea und was bringt er denn, rechnet sich das denn?“, die meistgestellte – und berechtigte – Frage der Kämmerer aus den Kommunen. Doch lassen wir zunächst einige politisch Verantwortliche und Kommunalvertreter zu Wort kommen:

Städte und Gemeinden



Landkreise



Das Echo in Ländern und Kommunen...

”

„Der European Energy Award ist für uns ein wichtiges Steuerungs- und Kontrollinstrument, um jederzeit die richtigen politischen Entscheidungen im Energie- und Klimaschutzbereich zu treffen. Er macht uns deutlich, wo unsere Stärken und Schwächen liegen und hilft uns weitere Einsparpotenziale im kommunalen Bereich und bei unseren städtischen Unternehmen aufzuspüren.“

Stefan Skora, Oberbürgermeister der Stadt Hoyerswerda

„Der eea ist ein effektives System für die kommunale Energie- und Klimaschutzpolitik. Er schafft Verbindlichkeit und strukturiert die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen.“

Andreas Hesky, Oberbürgermeister der Stadt Waiblingen

„Der eea überzeugt durch ein einfaches Prinzip ... Aus dem eea-Prozess sind viele erfolgreiche Projekte hervorgegangen.“

Christian Miksch, Geschäftsführer
Sächsische Energieagentur SAENA GmbH
(Landesgeschäftsstelle für den eea)

„Wir wollen die Energiewende in Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern umsetzen – vor Ort in den Kommunen. Ich gratuliere daher allen Städten und Gemeinden, die sich am eea beteiligen. Sie sind Vorbilder für gelebten Klimaschutz.“

Johannes Remmel, Umweltminister des Landes Nordrhein-Westfalen

„Die Landesregierung sieht Kommunen, die auf diese Weise einen planvollen Umgang mit Energie pflegen, als Verbündete bei den gemeinsamen Anstrengungen, die klimapolitischen Ziele des Landes Wirklichkeit werden zu lassen. Sie fördert daher die Teilnahme am eea mit einem beachtlichen Zuschuss. Durch die Teilnahme am eea hat eine wachsende Zahl von Kommunen vorbildliche Maßnahmen für den Klimaschutz ergriffen.“

Franz Untersteller, Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft
des Landes Baden-Württemberg

„Ein erfolgreiches Werkzeug dafür ist auf der europäischen Ebene der European Energy Award (eea). Dieses inzwischen auch im Freistaat Sachsen sehr erfolgreiche Qualitätsmanagement und Zertifizierungsinstrument macht den Energieeinsatz in allen kommunalen Handlungsfeldern transparent, identifiziert Erfolg versprechende Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz sowie zum Einsatz regenerativer Energien und trägt zu deren systematischer Umsetzung bei. Ab 2003 wurde dieses Instrument für energieeffiziente Kommunen in Sachsen pilothaft erprobt. Im Jahr 2007 konnte der European Energy Award dann in ein umfassendes Landesprogramm überführt werden. Mittlerweile leben 62 % aller Sachsen in einer der über 40 eea-Kommunen.“

Thomas Schmidt, Sächsischer Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft

„Der European Energy Award ist ein Instrument, das die Klimaschutzbemühungen in ... Kommunen ganz wesentlich unterstützen kann. Das Besondere am eea ist, dass er für kleine Gemeinden ebenso geeignet ist wie für große Städte und Landkreise. Mit seiner Hilfe können sie den erreichten Stand messen und alle weiteren Maßnahmen effizient planen.“

Dr.-Ing. Volker Kienzlen, Geschäftsführer KEA Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg (Landesgeschäftsstelle für den eea)

„Durch die Teilnahme am European Energy Award ist der Gemeinde Ottendorf-Okrilla bewusst geworden, welche Klimaschutzaktivitäten notwendig sind, um zielgerichtete Energiepolitik betreiben zu können.“

Michael Langwald, Bürgermeister
der Gemeinde Ottendorf-Okrilla

„Der European Energy Award hilft nach Ansicht des Deutschen Städte- und Gemeindebundes den Kommunen in hervorragender Weise, ihre Energie- und Klimapolitik dauerhaft zu verwirklichen.“

Franz-Reinhard Habel, Pressesprecher Deutscher
Städte- und Gemeindebund

„Wir tragen Verantwortung für künftige Generationen und nutzen den European Energy Award dabei, um dieser Verantwortung gerecht zu werden.“

Dr. Manfred Wilde, Oberbürgermeister
der Stadt Delitzsch

„Mit dem European Energy Award gelingt es Kontinuität in die kommunale Energie- und Klimaschutzpolitik zu bringen. Wir stellen fest, dass in den Kommunen, die am eea teilnehmen, mehr Projekte umgesetzt werden und konstanter am Thema Klimaschutz gearbeitet wird als in vergleichbaren anderen Kommunen.“

Martin Sambale, Geschäftsführer Energie und Umweltzentrum Allgäu,
Landesgeschäftsstelle European Energy Award für Bayern

„Wir haben uns für die Teilnahme am eea entschlossen, weil wir die bisherigen Aktivitäten bezüglich der Energieeinsparung in der Gemeinde so einer gründlichen Prüfung und Zertifizierung unterziehen wollen. Durch Energieeinsparung und mit erneuerbaren Energien wollen wir soziale Projekte fördern.“

Matthias Schmiedel, Bürgermeister der Stadt Colditz

„An der nachhaltigen Stadtentwicklung führt kein Weg vorbei. Dieser Umbau kann nur gelingen, wenn die Verwaltungsstrukturen entsprechend angepasst werden.“

Werner Spec, Oberbürgermeister der Stadt
Ludwigsburg

„Der eea-Prozess versetzt uns in die Lage, die eigenen energetischen Potenziale zu erkennen, zu nutzen und zu verbessern. Auf dem Weg zum Energiekreis Nr.1 arbeiten wir gemeinsam daran – Verwaltung, Wirtschaft und Bildung – den Landkreis als attraktiven Ort zum Leben und Arbeiten weiter auszubauen und zu stärken. Der eea ist das energiepolitische Instrument im Landkreis Görlitz.“

Bernd Lange, Landrat des Landkreises Görlitz

„Klimaschutz ist eine Aufgabe für alle Bereiche einer Stadtverwaltung. Mit dem European Energy Award und der Begleitung durch unseren eea-Berater haben wir eine Struktur, die alle mit einbezieht und den Prozess der Maßnahmenumsetzung in der Stadt langfristig sichert.“

Armin Neudert, Oberbürgermeister Stadt Donauwörth

„Ehrgeizige Ziele beim Klimaschutz können nur durch eine strukturierte Herangehensweise und intensive Kooperationen erreicht werden.“

Achim Deinet, Bürgermeister der Stadt Bad Schussenried

“

Aus den kurzen Statements der politisch Verantwortlichen geht bereits hervor, dass der Nutzen des eea in seiner Praxisbezogenheit und seiner Umsetzungsorientierung gesehen wird. Er dient dazu, das kommunale Handeln im Klimaschutzbereich zu optimieren, Maßnahmen zu priorisieren und deren Umsetzung effizient vorzubereiten. Dies unterstreichen auch die Stellungnahmen der Kommunalvertreter, die darüber hinaus auch einige über den eigentlichen Klimaschutz hinausgehende Zusatznutzen des eea herausstellen.

Fassen wir zusammen:

Der eea ermöglicht den Städten, Kommunen und Landkreisen, sich einen Überblick über die aktuelle Energie- und Klimaschutz-Situation vor Ort zu verschaffen, Stärken und Schwächen zu identifizieren sowie die Ergebnisse aufgrund umgesetzter Maßnahmen kontinuierlich fortzuschreiben.

Effizienz und Kooperation

Der eea-Prozess unterstützt durch seine strukturelle Verankerung in der Kommune die Entwicklung und Weiterentwicklung effizienter Verwaltungsstrukturen im Energie- und Klimabereich. Das Vorbild interdisziplinärer ämterübergreifender Zusammenarbeit auf Grundlage der Erkenntnisse aus dem Energieteam hat sich in den meisten Kommunen durchgesetzt und wurde von vielen inzwischen in gleicher Weise auf andere Verwaltungsbereiche übertragen. Die dadurch entstehende Steigerung der Verwaltungseffizienz führt zu Kosteneinsparungen und zur Vermeidung von Reibungsverlusten.

Bürgerbeteiligung

Der eea ist für viele Kommunen ein Instrument zur besseren Partizipation von Bürgern/innen und anderen kommunalen Akteuren bei der Planung, Bewertung und Umsetzung von

Klimaschutzmaßnahmen. Hierdurch werden Umsetzungshemmnisse und damit Kosten im Realisierungsprozess eingespart.

Kontinuität

Die dauerhafte Installierung eines Prozesses mit wiederkehrender Auditierung verhilft den Kommunen zu einer nachhaltigen Beschäftigung mit dem Klimaschutz unabhängig von kurzfristig drängenden Problemen. Insofern sehen die Kommunen den eea als Instrument an, ihrer selbst gewählten Verpflichtung der Daseinsvorsorge im Umweltbereich gerecht zu werden.

Kommunikation

Der eea dient den meisten Kommunen für eine bessere Imagepflege und ein aktives Kommunalmarketing. Durch den eea können die Kommunen ihre Anstrengungen im Klimaschutz dokumentieren und gegenüber Interessenten (Neu-Bewohner oder anzusiedelnde Industrie- oder Dienstleistungsbetriebe) werbewirksam darstellen. In einer gesunden Kommune wohnt und arbeitet es sich halt lieber, als in einer, die nicht vergleichbare Anstrengungen vorweisen kann.

Motivation

Die Zertifizierung, verbunden mit den öffentlichen Auszeichnungsveranstaltungen und der damit einhergehende Vergleich mit anderen Kommunen, ist den meisten Kommunen sehr wichtig. Hier wird oft auf die Nachbargemeinde oder den Nachbarkreis geschaut. Meist führt dieser Vergleich zu einer zusätzlichen Motivation, beim nächsten Audit im landesweiten oder bundesweiten Benchmarking einige Plätze vorzurücken. Dieser gesunde Wettbewerb ist ein positiver Nebeneffekt des eea, steht allerdings nicht unbedingt im Vordergrund der kommunalen Aktivitäten.

Universelle Anwendbarkeit

Positiv beim eea wird gesehen, dass er sowohl für kleine als auch für große Kommunen in gleicher Weise geeignet ist. Ohne diese Anpassung an die individuellen Rahmenbedingungen der einzelnen Kommune würden sich kleinere Kommunen sicher nicht so gut in dem System aufgehoben fühlen, wie es derzeit der Fall ist.

Prioritätensetzung

Der eea erlaubt eine Priorisierung umzusetzender Maßnahmen, d. h. die Maßnahmen mit dem besten Kosten-Nutzen-Verhältnis werden zunächst angegangen. Dies spart Kosten und erhöht die Effizienz. Die erarbeiteten Aktivitätsprogramme in den eea-Kommunen bieten darüber hinaus einen besseren Zugang zu staatlichen Förderprogrammen (siehe auch nächster Abschnitt). Mehrere Bundesländer haben deshalb den Zugang zu eigenen Förderprogrammen bzw. die Höhe möglicher Zuwendungen von einer Teilnahme der Kommune am eea abhängig gemacht.

Anpassung an lokale Rahmenbedingungen

Der eea ist schnell, kostengünstig, nachhaltig, allgemeinverständlich (für Verwaltung, Politik und die Bürgerschaft), standardisiert (und damit vergleichbar) und trotzdem an die individuellen Rahmenbedingungen einer Kommune angepasst, verbunden mit einem Wettbewerb und einer Auszeichnung. Er ist für kleine und große Kommunen in gleicher Weise geeignet, maßnahmen- und umsetzungsorientiert und durch seine laufende Fortschreibung und Aktualisierung stets auf dem neuesten Stand der Technik.

Kosteneinsparung

eea-Kommunen sind erfolgreich durch die Auswahl der effizientesten Maßnahmen für die Umsetzung, sie sparen Energiekosten im eigenen Gebäudebestand und Verwaltungskosten,

sie verringern CO₂-Emissionen deutlich und sie erhöhen die regionale Wertschöpfung durch die Mobilisierung von Maßnahmen vor Ort.

Der eea rechnet sich!

Die meistgestellte Frage vonseiten der Kämmerer in den Kommunen ist: Was kostet der eea und was bringt er?

Für die Kommune entstehen Kosten aufgrund von Programmbeiträgen, Kosten für den/die eea-Beratenden und den/die Auditor/in. Diese belaufen sich je nach Gemeindegröße auf 8.000 bis 15.000 Euro jährlich. Die Kommune muss sich mindestens für vier Jahre zur Teilnahme verpflichten. In diesem Zusammenhang sollte darauf verwiesen werden, dass viele Kommunen bereits seit zehn und mehr Jahren den eea nutzen.

Direkte Kosteneffekte bewirkt der eea nicht, wenn man einmal von den möglichen Kosteneinsparungen aufgrund verbesserter Verwaltungsstrukturen absieht. Ein wesentlicher Faktor ist allerdings der bessere Zugang zu öffentlichen Förderprogrammen. Auf die Kopplung einiger Länderprogramme an die Teilnahme im eea wurde schon hingewiesen. Aber eea-Kommunen sind auch bei der Akquise von Bundesförderprogrammen deutlich erfolgreicher als andere Kommunen. Hierzu haben wir die Beantragung und Bewilligung von Projekten aus eea-Kommunen mit denen von Nicht-eea-Kommunen aus Baden-Württemberg, Sachsen und Nordrhein-Westfalen verglichen und dabei das Konjunkturpaket II sowie den KfW-Förderschwerpunkt Umwelt betrachtet.

Es wird bei dem Vergleich deutlich, dass in Baden-Württemberg bei den Fördermitteln aus dem Konjunkturpaket

II ein wesentlich höherer Mittelabruf pro Einwohner durch eea-Kommunen erfolgte. In NRW ist der Trend auch positiv mit etwa 5-10 % mehr Mittelabruf je Einwohner. Bei der Anzahl der Projekte pro Kommune zeigt sich ebenfalls eine wesentlich höhere Bewilligungsrate in beiden Bundesländern bei den eea-Kommunen. Auch im Rahmen des Investitionspaktes haben die eea-Kommunen in NRW und Sachsen deutlich mehr Projekte umsetzen können.

Beim KfW-Förderschwerpunkt Umwelt kann in allen drei Bundesländern eine deutlich höhere Mittelabfrage durch eea-Kommunen nachgewiesen werden. Nach den durchgeführten Auswertungen kann davon ausgegangen werden, dass eine aktive Teilnahme am eea zum effizienteren Abruf von Investitionsförderungen des Konjunkturpakets II, des Investitionspaktes und von KfW-Krediten geführt hat. Das Gleiche gilt in ähnlicher Weise sicher auch für aktuelle Förderprogramme. Hintergrund des vermehrten Abrufes von Investitionsförderungen ist wahrscheinlich, dass eea-Kommunen entsprechend des QM-Prozesses des eea kontinuierlich Ideen, Maßnahmen und Projekte entwickeln, welche im „Energiepolitischen Arbeitsprogramm“ festgehalten, politisch beschlossen und durch den Mechanismus des eea-Programms jährlich auf ihre Umsetzbarkeit hin kontrolliert werden. Dadurch haben eea-Kommunen viele konkrete Projekte in Vorbereitung und sind kurzfristig in der Lage, bei verschiedenen Förderprogrammen qualifiziert Mittel zu beantragen, um diese Projekte umzusetzen.

Im Jahr 2012 wurden die Ergebnisse der eea-Kommunen in Nordrhein-Westfalen analysiert und zur Gestaltung der weiteren Förderung durch das Land zusammengefasst. Die wichtigsten Erkenntnisse im Überblick:

eea-Kommunen in Nordrhein-Westfalen erzielen einen doppelt so hohen Zuwachs in der Energieeffizienz wie der Durchschnitt der Kommunen in NRW: Im Zeitraum 2000 bis 2009 stieg die Effizienz um 6,6 % – im Vergleich zu 3,4 % im Durchschnitt in NRW.

In eea-Kommunen in NRW wurden seit 2000 im Durchschnitt doppelt so viele Kapazitäten für die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien installiert wie im Landesdurchschnitt. Bezogen auf alle eea-Kommunen in NRW beträgt die jährliche Endenergieeinsparung im Bereich kommunaler Gebäude und Anlagen 109.050 MWh/a.

Eea-Kommunen in NRW erzielen eine 40 % höhere Reduzierung der CO₂-Emissionen als der Durchschnitt der Kommunen, 9 % alleine zwischen 2000 und 2009 – im Vergleich zu 5,4 % im Durchschnitt von NRW. Die Kommunen, die den eea bereits lange Zeit (d. h. zehn Jahre und länger) anwenden, erreichen sogar 11 %.

Die Energiekosten für kommunale Gebäude und Anlagen sinken in den eea-Kommunen in NRW jährlich um 0,60 € pro Einwohner. Daraus kann abgeleitet werden, dass die eea-Kommunen in NRW ihre Energiekosten für kommunale Gebäude und Anlagen um mehr als 6 Mio. €/a reduzieren.

In den Jahren 2004 bis 2010 ermöglichte der eea eine kommunale Wertschöpfung von fast 60 Mio. € und sicherte fast 100 Arbeitsplätze in nordrhein-westfälischen Kommunen – allein durch die Neuinstallation von Photovoltaik- und Windenergieanlagen, die durch die Teilnahme am eea über den Landestrend hinaus bewirkt wurde. Weitere vom eea bewirkte Maßnahmen, etwa die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energiequellen z. B. im Wärmesektor sowie die Gebäudesanie-

rung und Energie-Effizienzsteigerung, dürften zu Wertschöpfungseffekten in einer ähnlichen Größenordnung führen.

Das Beispiel Ostbevern

Ostbevern liegt im Münsterland und hat etwa 10.800 Einwohner. Die Gemeinde verfügt über 35 städtische Beschäftigte. Bürgermeister ist Wolfgang Annen. Die Gemeinde ist 2004 dem eea beigetreten. Das Energieteam besteht aus acht Personen. Das Ergebnis der Ist-Analyse im Jahr 2004 ergab aufgrund zahlreicher Vorarbeiten der Gemeinde in den Jahren vor 2004 bereits einen Wert von 67 % der möglichen Punkte.

Die Gemeinde erreichte beim ersten Audit 266 von 385 möglichen Punkten und damit einen Wert von 69 %. Im September 2004 wurde die Gemeinde Ostbevern daraufhin in Bonn zum ersten Mal mit dem eea ausgezeichnet. Im Jahr 2005 wurde das zweite energiepolitische Arbeitsprogramm ausgearbeitet und teilweise umgesetzt.

Das zweite Audit im Jahr 2007 ergab einen Wert von 77 %. Daraufhin wurde die Gemeinde Ostbevern im November 2005 in Münster mit dem eea in Gold ausgezeichnet. Weitere Re-Audits ergaben in den folgenden Jahren eine stetige Steigerung des Punktestatus. Trotzdem stieg die Gemeinde Ostbevern im Jahr 2011 nach sieben Jahren Zugehörigkeit zum eea aus dem Prozess aus. Warum?

Die Gemeinde Ostbevern beschloss im Jahr 2010, ein Klimaschutzkonzept mit einer breiten Akteursbeteiligung zu erstellen. Diese Arbeit war bei der geringen personellen Ausstattung der Gemeinde (mit 35 Beschäftigten) nicht auch noch parallel zum eea zu leisten. Zur Umsetzung der Erkenntnisse



Gemeinde Ostbevern, Ortsansicht

aus dem Klimaschutzkonzept wurde aber im Jahr 2012 der eea-Prozess wieder aufgenommen und seitdem konsequent betrieben. Beim letzten Re-Audit im Jahr 2016 erreichte die Gemeinde einen neuen Spitzenwert von 88 %. Bei fünf der sechs Maßnahmenbereiche liegt die Gemeinde bereits über 88 %, lediglich im Bereich „Kommunale Gebäude und Anlagen“ existiert mit 77 % noch ein deutliches Steigerungspotenzial.

Im Jahr 2013 hat sich die Gemeinde an dem Wettbewerb „KWK-Modellkommune NRW“ erfolgreich beteiligt. Sie konnte sich unter 60 Bewerbern als eine von sechs ausgezeichneten Kommunen durchsetzen und ab 2015 die ersten Zuwendungsbescheide aus diesem Programm erhalten.

Die Geschichte der Gemeinde Ostbevern zeigt zwei Dinge sehr deutlich. Ein Klimaschutzkonzept ersetzt nicht das Umsetzungsinstrument eea. Es ergänzt diesen und unterstützt die Gemeinde zusätzlich bei der Definition von effizienten Maßnahmen. Die Organisation in der Gemeinde, die nachhaltige Beschäftigung mit dem Thema sowie das Controlling der erreichten Ergebnisse sichert aber nur der eea als Qualitätsmanagement-Prozess. Dies wurde von der Gemeinde Ostbevern erkannt und nur so ist der kontinuierliche Anstieg der

Werte von 67 % im Jahr 2004 auf 88 % im Jahr 2016 zu erklären. Ferner macht der Erfolg bei dem KWK-Wettbewerb deutlich, dass – wie bereits vorher dargestellt – eea-Kommunen größere Erfolgchancen bei der Bewerbung um öffentliche Fördermittel haben, als andere Kommunen. Durch die jahrelangen Vorarbeiten mit dem eea hatte die Gemeinde Ostbevern im Jahr 2013 eben die besseren Projekte in Vorbereitung und konnte sich so gegen 60 andere Mitbewerber durchsetzen.

Deutschland handelt nicht allein

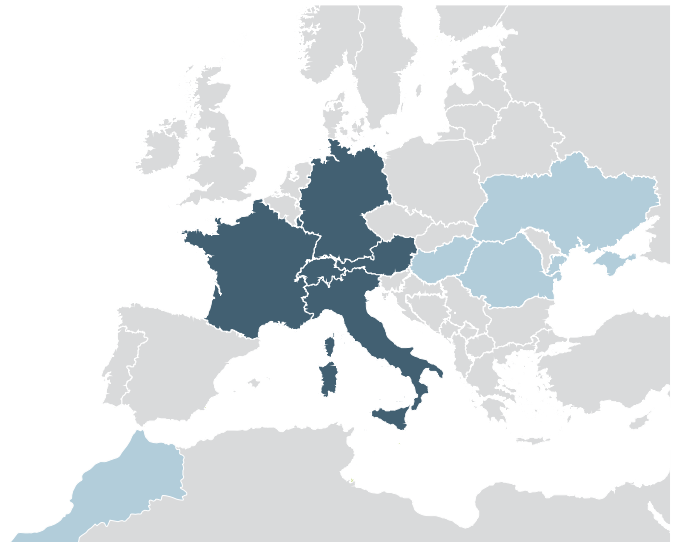
Der eea als europäisches Instrument

Bei der Betrachtung der Entwicklungsgeschichte des eea wurde bereits auf die Vorläufer in der Schweiz und in Österreich verwiesen. Ziel der Entwicklung war stets, aus dem eea ein einheitliches europäisches Instrument zu machen und ihn möglichst über ganz Europa zu verbreiten.

Die Karte zeigt, dass dies in einigen Teilen gelungen ist, in anderen wiederum noch nicht erfolgreich betrieben werden konnte. Dies hat verschiedene Gründe, einige liegen in der Ausrichtung des eea als anspruchsvollem Qualitätsinstrument, das die Möglichkeiten einiger Länder übersteigt, andere an den Organisationsstrukturen um den eea herum, wieder andere an den unterschiedlichen energie- und klimapolitischen Ausrichtungen der verschiedenen europäischen Länder oder an Konkurrenzprodukten in anderen Ländern.

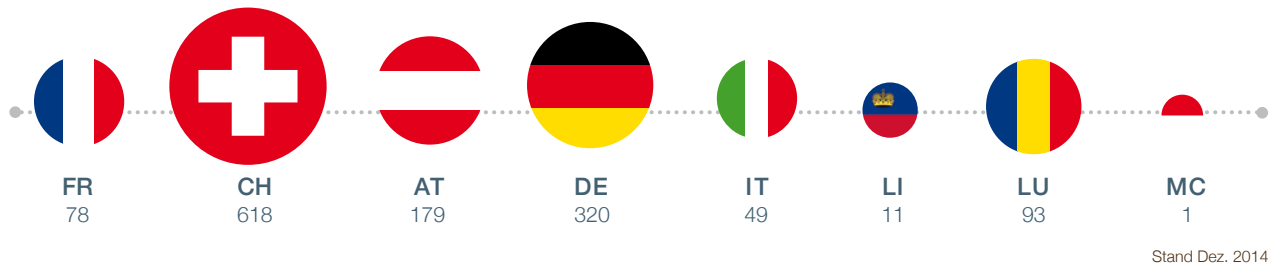
Von einigen Partnern wird bedauert, dass sich der eea nicht zu dem einheitlichen QM-System für Energie und Klimaschutz in Kommunen entwickelt hat und dies mit Unterstützung der Europäischen Kommission. Andere bedauern, dass der eea nicht europaweit oder zumindest in den teilnehmenden Ländern als nationales Instrument von oben herab verpflichtend verordnet wurde (in Luxemburg ist dies übrigens der Fall).

Beide Einwände widersprechen dem ursprünglichen Gedanken, der die Entwicklung des eea bestimmt hat. Der eea wurde immer von unten herauf mit und für die Kommunen entwickelt. Er hat sich immer als ein Auszeichnungsinstrument für besonders engagierte Kommunen und nicht unbedingt als Breiteninstrument für alle Kommunen verstanden. Die Tatsache, dass einige Kommunen den eea wieder aufgeben, weil sie mit ihren erreichten Punkten in einer Größenordnung von 25-35 % liegen und keine Perspektive sehen, jemals die Auszeichnungsgrenze von 50 % zu erreichen, zeigt, dass das In-



- Ordentliche Mitgliedsländer:
Österreich, Frankreich, Deutschland, Italien, Liechtenstein,
Luxemburg, Monaco, Schweiz
- Pilotländer:
Ungarn, Marokko, Rumänien, Ukraine

Teilnehmende Kommunen in der EU



strument ein relativ hohes Engagement der Kommunen auch vor dem Einstieg in den eea voraussetzt. Aus demselben Grund haben wir uns immer gegen eine Verpflichtung zur Anwendung des eea ausgesprochen. Das Engagement für den Klimaschutz ist in den Kommunen noch immer eine freiwillige Angelegenheit, wenn auch ein immer stärker werdendes Argument im Sinne der Daseinsvorsorge. Diese Freiwilligkeit sollte erhalten bleiben, um das Engagement der Kommunen zu sichern und zumindest die engagierten und willigen Gemeinden erfolgreich auf ihrem Weg zu einer nachhaltigen Klimaschutzpolitik begleiten zu können.

Durch die Bestrebungen und auch durch die finanzielle Unterstützung einiger Länder (vorrangig sei hier das Bundesamt für Energie aus der Schweiz erwähnt, welches oft Schweizer Entwicklungspolitik mit einer Werbung für den eea in den geförderten Ländern verbindet) konnte immerhin erreicht werden, dass in acht europäischen Ländern der eea praktiziert wird (Österreich, Frankreich, Deutschland, Italien, Liechtenstein, Luxemburg, Schweiz und Monaco) und in drei weiteren Län-

dern (Marokko, Ukraine und Rumänien) ein Modellversuch mit Modellkommunen zur Einführung des eea durchgeführt wird. Auch in anderen Ländern wurde die Einführung des eea bereits modellhaft erprobt, wie z. B. in Litauen, Polen (noch im Rahmen des ersten EU-Projektes), Schweden und Spanien (im Rahmen eines weiteren EU-Projektes). In anderen Ländern laufen konkrete Gespräche und Verhandlungen zum Einstieg in den eea wie z. B. in Großbritannien und Belgien.

Internationale Strukturen und Partner

Insgesamt nehmen über 1.400 Städte, Gemeinden, Landkreise und Regionen am eea teil. Die Zahl wächst langsam, aber kontinuierlich. Aus diesem Grund haben die internationalen Partner beschlossen, die Präsenz des eea in Brüssel zu stärken und den Vereinssitz nach Brüssel zu verlegen. Diese Unterstützung der öffentlichen Wahrnehmung des eea ist ebenso notwendig wie die laufende Weiterentwicklung des Instrumentariums auch auf die Bedürfnisse und Ansprüche der ver-

Länderspezifische Logos für den eea



schiedenen Teilnehmerländer hin. Beides erfolgt in zwei internationalen Arbeitsgruppen (Lobbyarbeit und Instrumentenentwicklung/Qualitätssicherung), an denen die erfahrensten Experten/innen aus den eea-Ländern teilnehmen.

Auch hier hat sich eine Wandlung in der Auffassung der internationalen Partner ergeben. Während in den Anfangsjahren insbesondere durch die Schweizer Vertreter eng an dem einmal entwickelten Instrument festgehalten wurde, haben alle Partner im Laufe der Jahre erkannt, dass das Instrumentarium stärker den unterschiedlichen Bedürfnissen und Rahmenbedingungen der immer mehr werdenden Teilnehmerländer angepasst werden muss, ohne die Vergleichbarkeit und Homogenität des Vorgehens zu verlieren. So war es möglich, französische Vorstellungen zu den Agglomerationen ebenso zu berücksichtigen wie in Deutschland die Ebene der Landkreise mit in den eea aufzunehmen. Dies bedeutet nicht, dass es jetzt oder in Zukunft einen eea französischer oder italieni-

scher Art geben wird. Der eea als einheitliches Instrument, das Management Tool sowie der einheitliche Maßnahmenkatalog bleiben erhalten, wenngleich hinsichtlich der Bewertungen ländertypische Abweichungen zugelassen sind.

Auch der Name eea - European Energy Award wird in den meisten Ländern durch länderspezifische Besonderheiten ergänzt. Die alteingeführten Marken in der Schweiz „Energienstadt“ und Österreich „e5“ wurden beibehalten, in Frankreich und Monaco heißt der eea Cit'ergie und in Luxemburg PacteClimate. Nur Italien und Deutschland verwenden den eea ohne Zusatzmarke, wenngleich in Deutschland seit einiger Zeit ein eigenes eea-Logo verwendet wird.

Die nationalen Auszeichnungen erfolgen daher auch meist unter dem Doppelbegriff „Landesmarke und eea“, erst ab dem Goldstatus wird aufgrund seiner internationalen Bedeutung der eea allein verwendet.

Der eea entwickelt sich

Kommunale Energie- und Klimaschutzpolitik sind einer ständigen Entwicklung unterworfen, weil sich die äußeren Gegebenheiten, die rechtlichen Rahmenbedingungen, die aktuellen Entwicklungen und damit die kommunalen Handlungsprioritäten laufend ändern. Somit erweitern sich die kommunalen Ansprüche an das Instrumentarium, neue Fragestellungen kommen hinzu, andere verlangen nach einer Straffung und Vereinfachung. Kommunale Praktiken und Vorgehensweisen werden verändert, andere treten in den Vordergrund wie z. B. die Anforderung zur verstärkten Partizipation der Bürger/innen sowie Akteuren und Multiplikatoren auf lokaler Ebene. Neue Themen werden wichtiger wie z. B. die Behandlung von Stadtquartieren. Die aktuelle Klimaentwicklung, das verstärkte Auftreten von enormen klimabedingten Einzelereignissen, führt zu der Anforderung der Kommunen an den eea, das Thema Klimaanpassung in die Betrachtung mit einzubeziehen und hier konkrete Handlungshilfen für die betroffenen Kommunen zu geben.

Andererseits entstehen von anderer Seite Initiativen und Programme, auf die der eea mit seinen Instrumenten und Strukturen reagieren muss. Die zwei wichtigsten sind hier die Klimaschutzinitiative des Bundes mit der Förderung von kommunalen Klimaschutzkonzepten sowie der Covenant of Mayors, eine Initiative der Europäischen Kommission.

eea und Klimaschutzkonzepte

Auf Sinn und Nutzen kommunaler Klimaschutzkonzepte wurde schon am Beispiel Ostbevern eingegangen. Die Förderung dieser Konzepte wird beim Bundesumweltministerium beantragt, Projektträger ist der Projektträger Jülich. Die Förderung folgt einem klar umrissenen Projektdesign, welches von den

Kommunen in der Regel nur unwesentlich ihren speziellen Rahmenbedingungen angepasst wird. Ein Punkt im abzuarbeitenden Arbeitsplan heißt: Im Rahmen der Erarbeitung des Klimaschutzkonzeptes hat auch die Erstellung eines Konzeptes zur Überwachung und Steuerung der Maßnahmenumsetzung und der Zielerreichung einschließlich Monitoring und Evaluierung zu erfolgen. Es ist offensichtlich, dass der eea diese Anforderungen in hervorragender Weise erfüllt. Aus diesem Grund wurde der eea im Rahmen der Förderung auch als geeignetes Instrument zur Erfüllung dieser Anforderung anerkannt.

Der eea wird von den ebenfalls durch das Bundesministerium geförderten Klimaschutzmanagern oft als praxisorientiertes Instrument für die eigene Arbeit genutzt und als Controlling-Instrument eingesetzt.

eea und Covenant of Mayors

Beim Covenant of Mayors CoM (oder Konvent der Bürgermeister) handelt es sich um eine Initiative der Europäischen Kommission aus dem Jahre 2008. Es stellt ein Bündnis von Städten und Gemeinden in Europa mit engagierten Klimaschutzzielen dar. Die Kommunen gehen dabei folgende Verpflichtungen ein:

- Reduzierung der CO₂-Emissionen bis 2020 um mindestens 20 %
- Aufstellung eines Aktionsplans für nachhaltige Energie (SEAP=Sustainable Energy Action Plan) und Erstellung einer CO₂-Bilanz
- Vorlage regelmäßiger Umsetzungsberichte
- Energietage zu veranstalten
- Aktive Teilnahme an den jährlich stattfindenden europäischen Konferenzen

eea und kommunale Klimaschutzkonzepte – Synergieeffekte



Prozessmanagementsystem

European Energy Award

- eea schafft bereits Strukturen für eine erfolgreiche Konzepterstellung
- gezielte Arbeitsweise des Energieteams
- dauerhafte Prozessimplementierung
- erprobtes Controlling-System
- kontinuierlich aktualisierter Maßnahmenplan

Integration

Klimaschutzkonzept

- schafft eine breitere Datenbasis
- beinhaltet die Erstellung einer CO₂-Bilanz



-► basieren auf unterschiedlichen Herangehensweisen
-► ergänzen sich aber zum großen Teil durch die Verknüpfung der Ergebnisse

Der Ablauf der Arbeiten für den CoM ist in vielen Teilen mit denen des eea vergleichbar. Insbesondere der SEAP ist mit dem „Energiepolitischen Arbeitsprogramm“ stark kompatibel, zumal er von sehr ähnlichen Maßnahmenbereichen zur Gliederung des kommunalen Handelns ausgeht. Aus diesem Grund wurde der eea durch die Kommission im Jahr 2009 als Instrument anerkannt, welches in hervorragender Weise geeignet ist, die Anforderungen des Covenant of Mayors zu erfüllen. Deshalb wurden Schnittstellen definiert und Überleitungen vom eea zum SEAP entwickelt, damit die Kommunen, die sowohl den eea anwenden als auch im CoM vertreten sind, möglichst wenig Doppelarbeit haben. Ganz vermeiden lässt sich eine zusätzliche Arbeit für den SEAP nicht, da die beiden

Instrumente nicht eins zu eins kompatibel sind. eea-Kommunen haben allerdings aufgrund ihrer Vorarbeiten im eea einen deutlich geringeren Aufwand für den CoM als andere. Mehr als 320 Kommunen wenden in Deutschland den eea an, etwa 60 sind Mitglied im CoM. Während der CoM in Südeuropa stark verbreitet ist, verhalten sich die Kommunen in Nordeuropa relativ zurückhaltend. Gegenüber dem CoM bietet der eea durch die zahlreichen zur Verfügung gestellten Hilfsmittel, die qualitative Betreuung durch die akkreditierten Beratern und den intensiven Erfahrungsaustausch mit Kommunen, Beratern, Auditoren/innen und Geschäftsstellen ein breites Spektrum an Zusatznutzen, das beim CoM keine Entsprechung findet.

Wie werden die Bilanzen erstellt?



Kooperation mit ECOSPEED (Region und Szenarien)

Immer wieder geht der eea auf Wunsch beteiligter Kommunen auch aktiv Partnerschaften mit anderen Unternehmen bzw. deren Produkten ein, die das Spektrum erweitern und zusätzliche Aspekte wie CO₂-Bilanzierungen oder Szenarienbetrachtungen abdecken. Hier ist in besonderer Weise die Zusammenarbeit mit der Schweizer Firma ecospeed zu benennen, die sich mit ihrem Instrument ECOSPEED Region stark an dem Instrumentarium des eea orientiert hat und daher eine schnelle und effiziente Kombination der Instrumente erlaubt. ECOSPEED Region ist eine Online-Plattform zur Bilanzierung des Energieverbrauchs und der CO₂ (eq)-Emissionen von Regionen, unterteilt nach den Sektoren private Haushalte, Wirtschaft, Verkehr

und kommunale Verwaltung. Ziel ist eine standardisierte Bilanzierung durch Verwendung einer einheitlichen Methodik.

ECOSPEED Region ist in Deutschland seit 2008 eingeführt und findet in mehr als 1.300 Kommunen Anwendung. Es zeichnet sich durch einfache Dateneingabe mit Import- und Exportfunktionen aus. Es arbeitet mit TOP-down sowie mit Bottom-up-Daten, die zu einer regionalen Bilanz interpoliert werden. Je mehr Daten vor Ort Bottom-up vorliegen desto genauer wird natürlich das Ergebnis, aber auch mit wenigen Vor-Ort-Daten lässt sich bereits eine hinreichend genaue Bilanz erstellen. In Nordrhein-Westfalen hat das Umweltministerium eine Landeslizenz erworben, spielt verfügbare Landesdaten ins System ein und stellt diese Grundlagen sowie die Software allen Kommunen kostenlos zur Verfügung. Der Zugriff ist für mehrere Nutzer möglich, die Erzeugung der Datensätze

erfolgt automatisch über Kennzahlen. Bei fehlenden Datensätzen erfolgt eine Interpolation. Über eine Community-Funktion lassen sich die Ergebnisse mehrerer Kommunen für Evaluierungszwecke zusammenfassen. Ein direkter Export in den SEAP-Bericht ist möglich, weitere Formate sind in Planung. Aufgrund der starken Kompatibilität zum eea wird eea-Kommunen für die Lizenzgebühren eine 10%ige Ermäßigung gewährt. Ein eea-Export ist in Arbeit, sodass bestimmte Indikatoren demnächst aus ECOSPEED (Region) übernommen werden können.

Das Szenarien Tool

In enger Zusammenarbeit zwischen der Bundesgeschäftsstelle des eea und ECOSPEED wurde aufsetzend auf ECOSPEED ein Zusatzmodul entwickelt, das Szenarien-Modul. Dieses ist sowohl für ECOSPEED als auch zum eea als Zusatzmodul verfügbar. Mithilfe dieses Moduls können Szenarien erstellt werden (Referenzszenario und Klimaszenario). Das Modul berechnet Potenziale und simuliert Maßnahmen (zur Effizienzsteigerung und zur Energieproduktion). Zusätzlich erlaubt es die Berechnung der lokalen Wertschöpfung sowie die Berechnung der vermiedenen CO₂-Emissionen.

Mit diesem Szenarientool und seiner Verknüpfung zum eea und zu ECOSPEED wurde ein komplettes Instrumentarium geschaffen, welches alle Anforderungen eines Klimaschutzkonzepts erfüllt. Dies ist wichtig, da ein genehmigtes Klimaschutzkonzept die Voraussetzung darstellt für die Beantragung eines Klimaschutzmanagers für eine Kommune. Diese für die Zeit von zwei Jahren geförderte Person ist wiederum wichtig für die kontinuierliche Umsetzung der Klimaschutzmaßnahmen in der Kommune.

Über die Bilanzierung des Energieverbrauchs und der Emissionen bis heute (Monitoring) beinhaltet ECOSPEED Region ein Modul zur Berechnung von Energie- und Emissionsszenarien bis 2030 bzw. 2050. Dies gibt die Möglichkeit, den Einfluss unterschiedlicher Minderungsmaßnahmen zu modellieren und so verschiedene Emissionspfade zu simulieren.

Roadmap für kleine Gemeinden

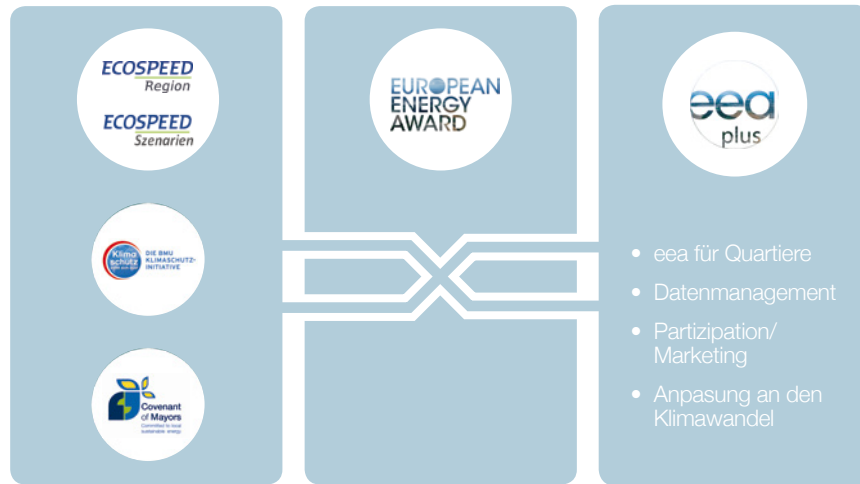
Immer wieder wird von kleinen Gemeinden und eea-Beratern beklagt, dass das eea-Instrumentarium für Kommunen, die nicht über die ausreichende Personalausstattung verfügen, zu komplex und anspruchsvoll ist. Daher scheuen diese kleinen Kommunen, trotz zahlreicher positiver und erfolgreicher Beispiele aus dem In- und Ausland (z. B. aus Österreich) oft den Einstieg in den eea. Aus diesem Grund wird im Jahr 2017 eine Art „roadmap“, ein Weg hin zum eea, entwickelt, den Kommunen vorgestellt, mit diesen abgestimmt und schließlich den Beratenden als Einstiegstool für kleine Kommunen an die Hand gegeben. Dieses Tool soll den Kommunen einen einfachen Einblick in den eea-Prozess vermitteln und den Nutzen, gerade für kleine Kommunen, herausarbeiten.

Das Tool soll dabei schon den Qualitätsanspruch des Instruments vermitteln, ohne die Kommunen aber abzuschrecken. Der Betreuung durch den eea-Beauftragten kommt hier eine besondere Bedeutung zu.

Workshopreihe eea-Plus

Die Übersicht zeigt den Zusammenhang zwischen den verschiedenen Bausteinen um den eigentlichen eea herum, die das Ins-

Schnittstellen und zu erwartende Entwicklung



trument zu einem umfassenden Baukasten einer nachhaltigen Klimaschutz- und -anpassungsplanung reifen lassen. Auf der linken Seite sieht man die oben beschriebene Zusammenarbeit mit den Instrumenten von ECOSPEED bis hin zum Szenarietool.

Auf der rechten Seite sind die verschiedenen Modellversuche unter der Überschrift eea-Plus dargestellt. Dabei handelt es sich um die Workshopreihe zu den Querschnittsthemen „eea für Quartiere“, „Datenmanagement“ und „Partizipation und Marketing“. Die Inhalte der drei Querschnittsthemen wurden zunächst in einem Workshop mit ausgewählten Modellkommunen als besonders relevant herausgearbeitet und danach einzeln in jeweils drei Workshops diskutiert.

Zu den Themen Datenmanagement, Partizipation und Marketing stellte die Bundesgeschäftsstelle nach ausführlicher Diskussion mit den Kommunen und weiteren Recherchen „Good-Practice-Kataloge“ zusammen, die z. B. dabei helfen sollen, welches Partizipations-Verfahren für welchen Anwendungsfall in der Kommune besonders geeignet ist. Die Ergebnisse und Anregungen werden den eea-Kommunen auf dem internen Bereich der Webseite zur Verfügung gestellt. Ein komplexeres Thema stellte der eea für Quartiere dar. Die Quartiersebene wird von vielen Kommunen als die entscheidende Handlungsebene angesehen, wenn man die Umsetzung von Maßnahmen angehen will. Es stellen sich dabei zwei grundsätzliche Fragestellungen:

Weiterentwicklung eea-Plus – Querschnittsthemen



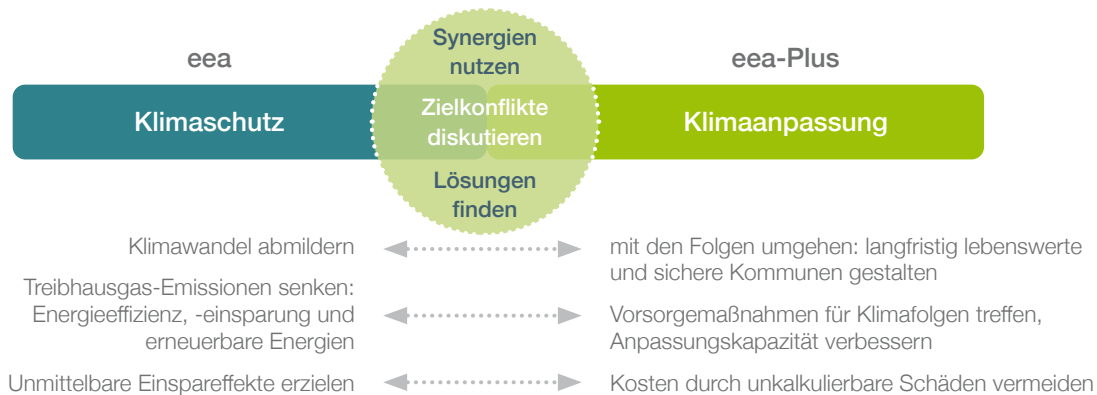
1. Welches Quartier sollte die Kommune zunächst angehen?
2. Wie kann ein maßgeschneidertes Handlungskonzept für ein ausgewähltes Quartier aussehen?

Bisher verfügen die Kommunen über kein ausreichend objektives Instrument, welches die Quartiere mit dem größten Handlungspotenzial identifiziert. Dabei ist nicht nur das Entwicklungspotenzial, sondern wahrscheinlich noch viel mehr das Umsetzungspotenzial relevant. Unter Entwicklungspotenzial versteht man im Wesentlichen das technische Potenzial, d. h. wie viel an Energieeffizienz-Steigerung und CO₂-Minderung ist durch technische Maßnahmen in dem einen oder anderen Quartier zu erreichen. Von diesem Potenzial ist man bisher in der Regel

ausgegangen, wenn man Handlungsprioritäten definiert hat. Aktuell ist jedoch verstärkt das Bewusstsein gewachsen, dass die Akteursstruktur im Gebiet, die Mitwirkungsbereitschaft lokaler Akteure, Finanzierbarkeit der Maßnahmen angesichts der strukturellen Situation im Gebiet, organisatorische Hemmnisse, und Datenverfügbarkeit einen mindestens ebenso großen Einfluss auf die Umsetzbarkeit von Maßnahmen haben wie technische Gegebenheiten. Daher wurde ein Kriterienkatalog zur Abschätzung des Entwicklungs- und Umsetzungspotenzials auf kleinräumlicher Ebene erstellt, der es erlaubt, dass Kommunen die Quartiere mit dem größten Realisierungspotenzial identifizieren können und sich nicht lange mit Quartieren aufhalten, die zu große Umsetzungshemmnisse aufwei-

Klimaschutz und Klimaanpassung

zwei untrennbare Handlungserfordernisse...



...im Sinne einer integrierten klimagerechten Planung

sen. Der objektive Kriterienkatalog soll aber andererseits die Standortwahl objektivieren und das Stochern im Nebel, was viele Kommunen betreiben angesichts klarer Kriterien vermeiden.

Einen eea für die Quartiersebene zu entwickeln, ist eine bedeutende Aufgabe. Dieser soll sich an dem Prozess des eea für ganze Kommunen orientieren und daher auch die sechs Maßnahmenbereiche behandeln. Der Maßnahmenkatalog und die prozessualen Besonderheiten auf der Quartiersebene werden in der nächsten Zeit systematisch entwickelt und voraussichtlich im Laufe des Jahres 2018 den interessierten Kommunen zur Verfügung stehen. Auch diese Entwicklung wird wieder in enger Zusammenarbeit mit Modellkommunen vorangetrie-

ben, damit den lokalen Bedürfnissen in ausreichender Weise Rechnung getragen wird.

Modellversuch Klimaanpassung

Von einer Vielzahl der eea-Kommunen wurde immer wieder das Thema Klimaanpassung als das für sie vorrangigste aktuelle Thema genannt. Dieses Interesse rührt sicherlich aus der Fülle der schrecklichen Einzelereignisse (insbesondere durch Starkregen im laufenden Jahr), von denen fast keine Region in Deutschland verschont geblieben ist. Auch Sturmschäden und gehäufte Sterbezahlen aufgrund von Hitzeperioden in den überhitzten

Ablauf des Modellversuches



Innenstädten sind Auslöser für die Kommunen, sich ihrer Pflicht zur Daseinsvorsorge bewusst zu werden und aktiv über Anpassungsmaßnahmen nachzudenken, da man im Kleinen die Ursachen für die Klimaveränderung ohnehin nicht beeinflussen kann.

Im eea wird das Thema Klimaanpassung derzeit nur durch eine einzelne Maßnahme behandelt, was der Bedeutung des brennenden Themas nicht gerecht wird. Aus diesem Grund hat sich die Bundesgeschäftsstelle im Auftrag der Länder Nordrhein-Westfalen und Sachsen zu einem Modellversuch mit zwölf Kommunen entschlossen, das Thema Klimaanpassung anzugehen. Ziel ist ein dem eea vergleichbarer Maßnahmenkatalog zur Klimaanpassung. Hierzu wurde bereits ein erster Entwurf

erstellt, der sich an den gleichen Maßnahmenbereichen wie der eea orientiert. Dies erlaubt es zu einem späteren Zeitpunkt zu entscheiden, ob man die beiden Instrumente miteinander verschmilzt oder als unabhängige Instrumente nebeneinanderstehen lässt, sodass sich Kommunen auch dafür entscheiden können, nur das Thema Klimaschutz zu betrachten. Auch wenn die beiden Themen Klimaschutz und Klimaanpassung grundsätzlich nicht zu trennen sind, so können sie methodisch trotzdem unabhängig voneinander behandelt werden.

Der Ablauf des Modellversuchs ist im obigen Bild dargestellt. Auch hier wird wieder deutlich, dass bei den Weiterentwicklungen des eea immer sehr eng mit den Experten/innen und

Prozessbegleitender Beirat



den Praktikern vor Ort in den Kommunen zusammengearbeitet wird. Zur zusätzlichen Einbindung von Experten/innen, aber auch von Ministerialvertretern wurde für den Ablauf des Modellversuchs ein Beirat installiert. Dieser soll Ratschläge für die spätere Umsetzung des Instruments geben.

Der Maßnahmenkatalog orientiert sich eng an dem des eea und umfasst derzeit 60 Maßnahmen zur Klimaanpassung. Wichtig dabei ist die Vulnerabilitätsanalyse, die in enger Verbindung mit der Ist-Analyse durchgeführt wird, damit die hierfür erforderlichen Datenerhebungen nur einmal zu erfolgen haben. Bei der Definition der Maßnahmen zeigen sich schon deutliche Unterschiede zum eea, die eher für ein eigenständiges Instru-

ment als für eine Zusammenführung der beiden komplexen Systeme sprechen.

Der Modellversuch wird im Herbst 2017 abgeschlossen sein. Dann werden die Ergebnisse vorliegen sowie ein Vorschlag für die breite Einführung des Instruments. Aus dem Kreis der Landkreise wurde verstärkt die Nachfrage nach einem vergleichbaren Instrument für die Landkreisebene laut. Einige Landkreise möchten sich als Modellkreise beteiligen. Ähnlich wie bei eea, in dem das Instrument für die Landkreise auch erst nach gründlicher Erprobung in den Kommunen realisiert worden ist, scheint auch hier ein schrittweises Vorgehen sinnvoll, sodass der Versuch für die Landkreise erst im Jahr 2017 starten wird.

Fazit

Der eea ist nicht alles, aber ohne den eea ist alles nichts

Nachhaltigen Klimaschutz in Kommunen zu verankern, verlangt nach einer Organisation und einem Instrumentarium, das diese kontinuierliche Arbeit am Thema sichert und unterstützt. Sicherlich sind Konzepte, Gutachten, Szenarien und Bilanzen dabei wichtige Bausteine. Zwingend gehört aber die ordnende Hand dazu, die die Fülle an Informationen zusammenfasst, die die Bürger/innen und Multiplikatoren auf lokaler Ebene aktiv in die Planung einbindet, die Maßnahmen bewertet und priorisiert und damit die Grundlage für eine effiziente Umsetzung schafft und die schließlich die Effekte, die durch die umgesetzten Maßnahmen entstehen misst, bewertet und überprüft.

Dieser nachhaltige Prozess darf nicht nach einem einmaligen Durchlauf enden, sondern muss sich zu einem dauerhaften immer wieder gelebten Qualitätsmanagement-Prozess entwickeln. Dies sichert der eea in einer Kommune. Der eea ordnet und bündelt Informationen, Maßnahmen und Akteure, er setzt Prioritäten und ist umsetzungsorientiert, d. h. er arbeitet immer auf der konkreten Maßnahmenebene. Er erlaubt einen systematischen Klimaschutz in Kommunen und zeichnet sich durch Qualität, Kontinuität und Effektivität aus.

Die zahlreichen Akteure, die am und mit dem eea in Deutschland und Europa arbeiten, sichern dauerhaft eine stetig sich verbessernde Qualität des Instruments, eine Fortschreibung aufgrund sich verändernder Rahmenbedingungen sowie Anregungen aus anderen teilnehmenden eea-Ländern. Diese vielen Menschen, die sich für den eea engagieren, bilden ein effizientes Netzwerk, eine große eea-Familie, die aufgrund der dadurch zur Verfügung stehenden „Schwarm-Intelligenz“ zur Qualität des Instrumentariums in hervorragender Art und Weise beiträgt. Aus diesem Grund ist das gelebte Netzwerk im eea mit all seinen Erfahrungsaustausch-Treffen auf der Ebene der Kommunen, der Agenturen, der Beratenden und Audito-

ren/innen, der Geschäftsstellen und der anderen Länder im Forum European Energy Award ein entscheidender Faktor für den Erfolg und die Qualität des Systems.

Der eea bietet ein europäisch standardisiertes Tool, welches die Vergleichbarkeit der verschiedenen Kommunen von kleinen Gemeinden bis hin zu großen Städten, von Kommunen in Italien bis hin zu großen Ruhrgebietsstädten in Deutschland ermöglicht. Diese Standardisierung ist die Grundlage für die Zertifizierung und Auszeichnung sowie das Benchmarking der Kommunen untereinander. Gerade dieser Leistungsvergleich ist für die politisch Verantwortlichen in einer Kommune von besonderer Bedeutung.

Daneben erlaubt der eea aufgrund seines ausgefeilten Punktesystems aber auch, die individuellen Rahmenbedingungen in einer Kommune zu berücksichtigen, sodass keine Kommune dadurch benachteiligt wird, dass sie aufgrund fehlender Infrastruktur oder eingeschränkter organisatorischer Voraussetzungen einzelne Maßnahmen oder Maßnahmenbereiche nicht realisieren kann. Diese gleichzeitige europäische Standardisierung verbunden mit einer Individualisierung stellt einen entscheidenden Vorteil des eea-Instrumentariums dar.

Der eea wird ständig weiterentwickelt und erweitert. Er nimmt insofern aktuelle, den Kommunen wichtige Fragestellungen auf und bietet hierfür geeignete Bausteine und Instrumente an. Typische aktuelle Beispiele hierzu sind die Partizipation von Bürgern/innen sowie Akteuren und Multiplikatoren auf lokaler Ebene oder ein gesondertes Instrument zur Entwicklung von konkreten Maßnahmen zur Klimaanpassung.

Der eea führt mit System zum Erfolg. Seine Umsetzung in einem Land, einer Region oder einer Kommune stellt eine

Win-Win-Win-Situation dar. Die Landesregierung kann mithilfe des eea ihr Engagement für mehr Klimaschutz und Klimaanpassung in ihren Städten und Gemeinden unterstützen und nach außen hin (z. B. in den Auszeichnungsveranstaltungen) dokumentieren. Die Politiker aus den Städten, Gemeinden und Landkreisen können ihr kommunales Engagement für den Klimaschutz unterstreichen und im Sinne des Stadtmarketings nach außen hin nutzen. Die kommunalen Verwaltungen können ihre Arbeit Ressort übergreifend unter Einbeziehung aller wichtigen anderen Akteure besser organisieren und strukturieren. Der eea erlaubt eine laufende Überprüfung der Verwaltungsarbeit und liefert Vorschläge für weitere Verbesserungen. Die Geschäftsstellen erschließen mit dem eea ein zusätzliches Aufgabenfeld im Bereich des kommunalen Klimaschutzes, ebenso die zahlreichen Beratenden und Au-

ditoren/innen, die die Kommunen bei der Durchführung des eea begleiten. Die durch den eea umgesetzten Maßnahmen mobilisieren eine erhebliche lokale Wertschöpfung und damit Aufträge für das heimische Bau- und Ausbaugewerbe.

Klimaschutz ist eine kommunale Daueraufgabe im Sinne der Daseinsvorsorge. Eea-Kommunen sind in der Regel wirtschaftlich erfolgreicher als vergleichbare andere Städte und Gemeinden. Der eea unterstützt die Kommunen dabei, den Klimaschutzprozess in ihrer Gemeinde dauerhaft zu sichern, zu ordnen und zu optimieren. Ohne ein solches Qualitätsmanagement bleiben alle Einzelaktivitäten der Kommunen Stückwerk und werden letztendlich nicht der Aufgabe eines nachhaltigen Engagements gerecht. Aus diesem Grund ist der eea – European Energy Award unverzichtbar.

Autor



Dr. Armand Dütz ist promovierter Architekt und Diplom-Wirtschaftsingenieur. Seit 1979 war er als Mitarbeiter des Projektträgers Jülich an der Entwicklung der ersten kommunalen Energiekonzepte beteiligt, mit denen die Basis für ökologisch nachhaltige Stadtentwicklung geschaffen wurde. Schon 1982 erschien sein Leitfaden für Architekten und Ingenieure, Planer und Kommunalpolitiker unter dem Titel „Energie und Stadtplanung“, in dem die Erkenntnisse aus seiner Arbeit an eine breite Öffentlichkeit getragen wurden. Im Jahr 2001 legte er mit Partnern aus Österreich und der Schweiz den Grundstein für die Entwicklung des eea – European Energy Award. Dr. Dütz ist Mitinhaber und Geschäftsführer der B.&S.U. – Beratungs- und Servicegesellschaft Umwelt mbH in Berlin und der Bundesgeschäftsstelle für den eea in Deutschland sowie Mitglied des Vorstands im Europäischen Forum European Energy Award.



ISBN 978-3-8167-9941-2



Fraunhofer IRB  Verlag